Bozialdemokratischer Pressedienst

Brid Affringhaus, Berlin. er: Ami Dinjof 4196,4190



7 April 1932.

life listleuut Bas beschiedenis Amsterdam

1912 - 1932.

Von Wilhelm bis Adolf.

SPD. Frühjahr 1912! Die deutschen Gesangvereine sind zum Wettstreit in der Festhalle einer deutschen Grosstadt angetreten. Auf dem Podest des damals grössten geschlossenen Raumes stehen Fanfarenbläser in der bunten Tracht mittelalterlicher Herolde. Mit silbernen Posaunen verkünden sie den herannahende. Caesar. Weissgekleidete Mädchen und Pagen streuen Blumen, steifgestärkte Bürgerhemden knittern, und dann kommt ER, Hosiannah, der Kaiser in weisser Uni

form, mit silbernem Adlerhelm, der Löhengrin der Weltoper!
Hatte er nicht verkündet: "Mir ist mein Kurs vom Himmel vorgeschrieben?" War er es nicht, der von sich in öffentlicher Rede sagte: "Ich bin ein Instru ment des Herrn!" In diesem Stile redete er, dachte er, fühlte er, führ er durc die Lande, von Parade zu Parade, von Konstanz bis Königsberg, von Bremen bis Basel, vier-fünfmal täglich die Uniform wechselnd? Heute im Manöverfeld als oberster Kriegsherr und Schlachtenlenker, morgen als Admiral auf dem Ozean, übermorgen als Geistlicher das Evangelium verkündend; heute den Soldaten zurufend, sie sollten ihr Schwert geschliffen und das Pulver trocken halten, morgen im weissen orientalischen Gebetsmantel wie Christus in Jerusalem einziehend! Und immer Ich, Ich, Ich! Ich bin, Ich will, Ich werde, Ich befehle, Ich ordne an! Ich der Oberste Kriegsherr, Ich der Imperator, "Es ist Mein allerhöchster Wille", "und wer sich Mir entgegenstellt, den zerschmettere Ich!" "Die Sozialdemokraten überlassen Sie mir - Ich werde sie niederreiten!" - "Diese vaterlandslosen Gesellen, nicht wert den Namen Deutsche zu tragen!" "Ich führe die Jugend von Sedan und Gravelotte über Leuthen und Rossbach zurück nach den Thermopylen!" "Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen" - "aber was auch Tempen wäsen Teh kenne keinen beggenen Ort zu geschen als in der Mittagen kommen möge, Ich kenne keinen besseren Ort zu sterben, als in der Mitte meiner Feinde!" So raste E R durch die Lande, kommandierte er die Soldaten und Offiziere, die Minister und die Politik, die Schulen und die Kunst, so wütete er wie in einem Porzellanladen und so führte er Jugend und Alter, Land und Volk - in das Verderben, in den Untergang! Ein gekrönter Narr, der Millionen seines Volkes sterben sah und ruhig weiterlebt, er und seine Söhne, in Saus und Braus, und von den Steuergroschen seiner in Elend und tiefster Not zurückgebliebenen Untertanen!

Frühjahr 1932 in der gleichen Festhalle. Wiederum Fanfarenklänge vom Podium der Festhalle. Wiederum weissgekleidete Mädchen, die Blumen streuen, wie derum begeisterte Kleinbürger, denen nur die steifgestärkten Hemden fehlen. Das System Wilhelm II. hat sie zerknickt und zu Fetzen zerrissen. Doch die Fal faren tönen und den sie ankünden, der verspricht wieder die Rückkehr des Altel und Guten: dem Mieter billige Wohnung, dem Hausbesitzer höheren Wohnzins. Dem Arbeiter und Angestellten höchsten Lohn - dem Fabrikanten billigste Ar-beitskräfte. Dem Inland eine neue schimmernde Wehrmacht mit Arbeitsdienstpflicht und Kasernierung, der Jugend - dem Ausland: Achtung und Anerkennung des Versailler Vertrages. Vor inländischen Journalisten: Sofortige Aufhebung aller Notverordnungen, Freiheit und Glück; vor amerikanischen und englischen

Journalisten: "es ist selbstverständlich, dass vir nicht sofort die Notverordnungen aufheben können." Vor den Gerichten der Schwur: "Wir sind legal!"
Im Braunen Haus: "Befehl C, Fertigmachen zur Erstürmung der Rathäuser, der
Post, der Regierungsgebäude, zum Bürgerkrieg!" Im Programm: "Die Frau muss
wieder Magd und Dienerin werden. Die Frau gehört ins Haus, Schluss mit der
Gleichberechtigung der Geschlechter." Im Berliner Sportpalast: "Es ist eine
infame Lüge, dass wir den Frauen die politischen Rechte nehmen wollen. Im
Braunen Haus und bei den SA-Truppen: System Röhm! Im Berliner Sportpalast:
"Vir werden dafür sorgen, dass jedes deutsche Madchen wieder seinen Mann zur
Ehe bekommt!"

· Fanfaren erklingen - und da ist er, der Grosse, der Held von Braunau und : des Münchner Novemberputsches, die Hoffnung und der Anker der eid- und wortbrüchigen Hohenzollern, E R, Adolf, der wahre Nachfolger Wilhelms II. Jagt von Stadt zu Stadt, redet, befiehlt, kommandiert, lässt sich photographieren, dreimal täglich in den verschiedensten Posen und Verkleidungen. Ich, Ich, Ich, Adolf Hitler, sage Euch, ordne an, verkünde Euch - führe Euch herrlichen Zeite entgegen! Ich, Adolf der Staatsmann, Adolf der Philosoph, Adolf der Landwirt, Adolf der Arbeiter, Adolf der Handwerker, und dann betet er: "Herr Gott, wir haben alles Jetan, was Menschen tun können. Gib Du nun Deinen Segen!" Im katholischen Westen ist er der Statthalter Gottes - im protestantischen Osten: der Wiedererstandene Luther! Er lässt sich feiern "als der grösste dautsche Lehrer und Erzieher", als "Universalgenie", als "Bismarck, Gladstone und Washington in einer Person", "als Friedrich den Grossen und Wilhelm I in einer Person", und alles dies geschieht in seiner eigenen Presse auf seine eigene Anordnung. In Wahrheit ist er nichts anderes als ein Wilhelm III. aus Braunau. ein grössenwahnsinnig gewordener Narr, eine hohle Nuss, ein verlogener deklassierter Kleinburger, ein widerwärtiger Scharlatan, sein eigener Reklame-Chef. der sich genau wie sein Vorbild aus Doorn, von weissen Mädchen, Fanfaren und Blumen empfangen lässt. Köpfe rollen will - alles wie einst, bis zum "Hitlerwetter".

Nur ein Unterschied: Wilhelm II. besass einen ererbten Thron und hatte die stärkste Armee und den mächtigsten Industriestaat der Welt hinter sich, während dieser Ueberwilhelm und Uebernarr nur einen Palast in München und nur eine Söldnertruppe unterhält, die sich nachgewiesenermassen zu einem Teil aus Abenteurern aller Herren Länder und aus notorischen Verbrechern zusammensetzt. Selbst der Graf Eulenburg Wilhelms II. und die ehemalige Hofkamarilla sind ein aestetischer Anlbick gewesen gegenüber dem berüchtigten Stabschef Röhm und der Kamarilla dieses Hitler. Von Josef v. Lauff, dem Hofpoeten Wilhelms, und Eulenburgs "Sang an Agir" bis zum Josef Goebbels, der heute seinem Gebieter Hymnen singt, an die er selbst nicht glaubt, bis zu Röhm und zur "Nacht der langen Messer": das ist der ganze Wechsel und Abstieg, der wahre Abstand von 1912 bis 1932!

Die herrlichen Zeiten, denen Wilhelm II. sein Volk entgegengeführt hat, kennen wir und selbst die kommenden Generationen werden noch die Spuren davon tragen. Ein Vorgeschmack nur, wenn sich jetzt nicht das deutsche Volk von seinem Wilhelm III. befreien würde, von dem wir nur eins wissen: dass er "siegen oder sterben" will, wie sein Vorgänger, dass er aber ebenso andere in die Gräber jagen wird und selbst vergnügt in irgend einem Doorn einst weiterlebt, schreibend, redend und autofahrend: Tatü-ta-ta!

Was geblieben ist in diesen zwanzig Jahren, das ist die deutsche Arbeiterklasse, die alte Garde August Bebels, gruppiert um die deutsche Sozialdemokratie und um die deutschen Gewerkschaften. Der Thron ist gestürzt und Wilhelm II.
hat den Staub von den Füssen geschüttelt. Wenn Wilhelm III. längst nicht mehr
ist und alle Braunen Häuser versunken und vergessen sein werden, einer war,
einer ist, einer wird sein und siegen: die Sozialdemokratie!

SPD. Breslau, 7.April (Eig.Drahtb.)

7

Der Striegauer Ortsgruppenkassierer der Nazis, der Kaufmann Eduard Schwierz, wurde von der grossen Strafkammer des Schweidnitzer Landgerichtes wegen Konkursverbrechen zu einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

* Man sieht, der Kampf der Nationalsozialisten gegen die Korruption macht Fortschritte.

SPD. Ein Sohn Wilhelms von Doorn, August Wilhelm, steht auf der Landesliste der Hitlerpartei für die Preussenwahl. Der älteste Sohn Wilhelms, der Exkronprinz, hat am 1.April einen Wahlaufruf für Hitler veröffentlicht. Es ist nun geziemend, dass den Herren vom Hause Hohenzollern von der NSDAP ein Willkommengruss gewidmet wird. Hier ist er! Er ist enthalten im NS-Jugenddienst, herausgegeben von der Reichsleitung der Hitlerjugend, und lautet:

"....Wir jungen Nationalsozialisten werden es nie verstehen können, dass ein Generalfeldmarschall Hindenburg 1918 Kaiser Wilhelm den Zweiten zur Flucht geraten hat und dass tatsächlich, diesem Rate Folge leistend, der Oberste Kriegsherr des ruhmreichen preussisch-deutschen Heeres geflohen ist. Die "Militärs" wissen diese feige Tat noch zu verteidigen und Hugenbergsche Deutschnationale halten es nicht unter ihrer Ehre, dem kaiserlichen Deserteur jährlich aus allen Städten des deutschen Reiches Glückwunschtelegramme zu schicken und unverbrüchliche Treue zu geloben. Dieser Mann, der in der schwersten Stunde deutscher Not untreu wurde, hat das Recht verwirkt, von deutschen Menschen Treue zu fordern, nur weil er einmal deutscher Kaiser war. Wir verlan gen vom Führer mehr als von einem einfachen Volksgenossen. Erst in der größsten Not, erst unter den schwierigsten Begebenheiten zeigt es sich, ob einer Führer ist. Dieser Masstab gilt in unserer nationalsozialistischen Freiwilli-gen-Armee. Welche Veranlassung hätten wir, dem ehemaligen Obersten Kriegsherrn der besten Truppe nicht diesen Masstab anzulegen? Welcher Führer hat ein Recht von seinen Untergebenen den Fahneneid zu fordern, wenn er in der entscheidenden Stunde selber fahnenflüchtig wird? In der Stellungnahme zu dieser Frage scheiden sich die Geister. Als der deutsche Kaiser beweisen sollte, dass er mit Recht der oberste Führer war, da wurde offenbar seine Unfähigkeit und sein

menschliches Unvermögen, Führer zu sein."

Heil, heil, Ihr Herren vom Hause Hohenzollern, Ihr Söhne des kaiserlichen Deserteurs! Aber wie wird uns denn? Wie war das mit Hitler am 9. November 1923, als er im Auto entfloh, und sich in der Villa einer Freundin vor der Polizei verbarg? Ist er nicht selbst dem glorreichen Beispiel Wilhelms gefolgt? Aber deshalb brauchen die Herren Prinzen die Agitationsphrasen der 🗈 NS-Jugend nicht gar zu tragisch zu nehmen. Die werden bei Bedarf schon umredigiert werden! Im Phrasenlager Hitlers sind Ansichten jeder gewünschten Art

für eintretenden Bedarf vorrätig!

SPD. Paris, 7.April (Eig. Drahtb.)
Am Donnerstag wurde in einem Kubinettsrat ein Plan für die Wahlkampagne der Minister ausgearbeitet. Allen Kabinettsmitgliedern sind die Städte zugewiesen worden, in denen sie die Doktrin und die Politik der Regierung vor der Wählerschaft verteidigen sollen. Die Regierung versucht also systematisch. die Wähler zugunsten der Rechtsparteien zu beeinflussen.

Die erste Antwort auf Tardieus Rede ist am Donnerstag von der radikalen Fraktion des Senats erteilt worden, die einen Aufruf an die republikanischen Wähler erlassen hat. Dieser Aufruf stellt eine gründliche Abfuhr für Tardieu

dar. Es heisst darin u.a.: "Während der abgelaufenen Legislaturperiode hat die Regierung nur dank der ständigen Unterstützung der Rechten leben können, a die nicht ohne Gegenleistung gewährt worden ist. Zweimal hat der Senat diese zweideutige Politik der Regierung verurteilt. Die Bemühungen um die Bildung oder Aufrechterhaltung eines Ministeriums der republikahischen Versöhnung sind durch Manöver der Rechten und ihrer Verbündeten zum Scheitern gebracht worden. Eine derartige Situation darf sich nicht wiederholen, wenn nicht unsere Einrichtungen einer schweren Gefahr ausgesetzt werden sollen. Die französischen Finanzen sind durch die unvorsichtige Führung der Regierung kompromittiert worden. Auf dem Gebiet der Aussenpolitik wird die neue Kammer ernste Probleme zu lösen haben. Durch das Prestige und die Klugheit des grossen Staatsmannes Briand, dessen Tod die französische Demokratie und die ganze Welt betrauert, sollte Frankreich mehr und mehr als der Bote der Versöhnung und der Verständigung unter den Völkern erscheinen. Und trotzdem ist Briand und seine Politik, die noch den Wünsch des Landes entspricht, in der gehässig sten Weise angegriffen worden. In der neuen Kammer muss mit Nachdruck der Wille bekräftigt werden, unter Achtung der Verträge diese Organisation des Friedens fortzusetzen. Um dieses Werk der finanziellen Wiederaufrichtung und der Befriedung zu vollenden brauchen wir eine Linksmehrheit und eine Linksregierung."

Zehn der 151 Mitglieder der Fraktion haben den Aufruf nicht unterzeichnet. Zu diesen 10 gehören der Unterrichtsminister des gegenwärtigen Kabinetts Tardieu und einige Mitglieder der früheren Kabinette Laval und Tardieu.

SPD. Unter dem von der preussischen Polizei beschlagnahmten Material der Hitler-Armee befindet sich auch ein umfangreicher Befehl des 1.0.S.A.Führers, gezeichnet Werther, in dem es wörtlich heisst:

"Ueberfälle, Verwundungen usw. (von Belang) müssen von jedem SA-Führer telephonisch an Sturmbann, von diesem wieder telephonisch an die Standarte durchgegeben werden. Der Standartenführer hat diese Meldung zu prüfen und bei Eignung sofort telephonisch an die Telegraphen-Union weiterzugeben. Evtl. sind die Meldungen bis zur Standarte durch die Motorstürme zu überbringen."

Diese Vorschrift zeigt, wie eng die Hitler-Armee mit der Hugenbergschen Nachrichtenagentur "Telegraphen-Union" verfilzt ist. Also aufgepasst!

SPD. Braunschweig, 7.April (Eig.Dr.)

Den Nazis steckt die <u>Niederlage vom 13.März</u> mächtig in den Knochen. Das zeigte u.a. auch eine Verordnung des Wirtschaftspolitikers <u>Oberwurzer</u> von der NSDAP in Braunschweig.

Der Wirtschaftspolitiker der Nazis Wagner, der ebenfalls in der Versammlung sprach, wandte sich mit Schmeichelworten an die Arbeiter, indem er er-

Nationalsozialisten auch erst nach etwa vierjähriger Herrschaft die Arbeitslosigkeit abgebaut haben würden. Dieser Abbau könne selbstverständlich nur
schrittweise vor sich gehen, aber die Arbeitsdienstpflicht würde es schon
schaffen. Man dürfe sich jedoch nicht vorstellen, dass die Nationalsozialister
alles von heute auf morgen ändern könnten. 10 Jahre würde es dauern, bis die
deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut sein würde. Die Arbeitsdienstpflicht
werde auch dem Staate etwas mehr kosten als die Arbeitslosenversicherung,
aber die Trockenlegung von Sümpfen sei dafür auch eine wertvolle Arbeitsleistung.

klarte, dass der Betriebsrat heute in den allermeisten Fällen zu einer Waffe gegen den Arbeiter geworden sei, der Betriebsrat müsse mehr Rechte erhalten. Nach diesen Ausserungen verliessen die anwesenden Bürger ernüchtert den Saal.

SPD. In Sowjetrussland, das uns die Kommunisten als Ideal preisen, hat sich eine neue Bourgeoisie herausgebildet. Wie sie sich benimmt, zeigt die folgende Stelle ausaden Erinnerungen des früheren Sowjetbotschafters Bessedowski: •

"In Paris hatte ich Gelegenheit, auch andere Sachen kennenzulernen. Verschiedene verantwortliche Sowjetbeamte kamen nach Paris und stiegen in der Gesandtschaft ab, angeblich in Dienstangelegenheiten, tatsächlich aber. um Paris kennenzulernen und hauptsächlich um "den moralischen Verfall und die Unzucht der Bourgeoisie" zu studieren Anfang 1928 kam der Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Rudsutak, Volkskommissar für Verkehrswesen und Mitglied des Politbüros, mit zwei Privatsekretären nach Paris. Gleich nach seiner Ankunft wollte er die "Bourgeoisunzucht" kennenlernen und bat mich, einige Vergnügungslokale mit ihm aufzusuchen. Ich lehnte glatt ab und versuchte, ihn von diesem Gedanken abzubringen, indem ich ihn auf die Möglichkeit eines Zwischenfalls hinwies, der in die Presse durchdringen könnte Doch Rudsutak wollte durchaus eine solche Fahrt unternehmen. Ich musste ihm die beiden Gesandtschaftssekretäre, Diviljkowski und Helfand, zur Verfügung stellen, die ihn als Führer zu begleiten hatten. Rudsutak blieb die ganze Nacht aus und kehrte am frühen Morgen in die Gesandtschaft zurück. Diviliköwsk und Helfand meldeten mir, dass die "Bourgeoisunzucht" eingehend studiert worden wäre und dass sie alle mehr oder weniger bekannten Vergnügungsstätten besucht hätten, das berühmte Lokal in der Rue Chabannais mit eingeschlossen. In diesem wurde Rudsutak ein besonderes Zimmer zur Verfügung gestellt, in dem schon verschiedene gekrönte Häupter gewesen waren. Diese Abenteuer kosteten ihm 10 000 Francs, die er in einer Nacht ausgegeben hatte. Danach unterbrach er sofort seine Kur, derentwegen er nach Frankreich gekommen war, und fuhr nach Moskau zurück. Wegen dieser Abenteuer Rudsutaks entstand in der kommunistischen Gesandtschaftszelle beinahe ein Skandal. Die Frau des Sekretärs Diviljkowski, eine Kommunistin mit strengen Familienregeln, hatte ihrem Manne einen fürchterlichen Skandal gemacht wegen seines mit Rudsutak gemeinsam unter nommenen Besuches öffentlicher Häuser. Sie drohte, die Sache in der Zelle zur Sprache zu bringen, und erklärte, es sei für Mitglieder der Kommunistischen Partei, besonders aber für die Führer und Mitglieder des Politbüros unzulässig Freudenhäuser aufzusuchen. Erst mit grosser Mühe gelang es Diviljkowski, den Skandal beizulegen."

Gegenüber der schamlos verlogenen KPD-Propaganda gegen die Sozialdemokratie darf man diesen bezeichnenden Bericht nicht verschweigen!

SPD. Köln, 7.April (Eig.Drahtb.) Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Donnerstag-Ausgabe eine parteiamtliche Anweisung Hitlers und Röhms über die Zersetzung in der Polizei.

Die Anweisung trägt das Datum: München, 9. Dezember 1931 und das Zeichen: Der oberste SA-Führer I c Nr.7459/31. Sie wurde verteilt an alle Dienststeller bis hinunter zu den Sturmbannführern, ausserdem an SS-Reichsjugendführer und NSKK. Sie betrifft: Nachrichtendienst. Eingeleitet wird die Anweisung mit folgendem Satz: Aus einer Dienstanweisung für die Nachrichtendienstleitung

des Rotfrontbundes wird folgendes bekanntgegeben: Ausser einigen allgemeinen Anweisungen über die Aufgaben der Nachrichtendienstleiter, die auch in den Organisationen der Nazis, des Stahlhelms und des Reichsbanners herumspitzeln sollen, werden u.a. folgende Bestimmungen getroffen: Der NS - UG - Leiter ist vor allem dazu da, an die Schaffung von Nachrichtenstellen in der Politischen Polizei und den mit ihr arbeitenden Nachrichtenstellen heranzugehen, über diesen Rahmen hinaus für Verbindung mit Schutzpolizei (Offiziere und Manischaften) zu sorgen.

Die Polizeipräsidien müssen unbedingt eingekeilt werden, d.h. wir müssen ein Netz von Spionen in und um diese Stellen bauen, d.h. von jeder Stelle, an jeder Ecke und von jeder Richtung aus Keile gegen die Polizei vortreiben, bis die vollständig eingekreist ist, damit sie nicht in der Lage ist, irgend etwas gegen unsere Organisationen zu unternehmen, ohne dass wir es früh genug wissel und Gegenmassnahmen treffen können. Das hat zwei wesentliche Vorteile: 1.sind wir immer gerüstet, 2. wird die Polizei unsicher, deprimiert und sturmreif. Es gibt allerhand Möglichkeiten, an die Geheimschreiben, Befehle, Briefe und Dokumente heranzukommen. 1. Man versucht, Kriminalbeamte für unsere Arbeit, zu gewinnen, das ist sehr schwer, aber doch möglich. 2. Es gehen Wege über Putzfrauen in Präsidien, Dienstmädchen bei höheren Beamten, über Sekretäre und Sekretärinnen. 3. Man kann Polizeioffizieren und höheren Beamten gut einstudierte, für die Sache gut instruierte, nicht bekannte Genossen auf den Hals schicken.

Am Schluss des Befehls, der von Röhm unterzeichnet ist, heisst es: Die vorgenannten Anweisungen, deren sich die Kommunisten bedienen, sind zum Gegenstand der Belehrung bei den unterstellten Gliederungen zu machen.

Man beachte, dass den unterstellen Gliederungen nicht etwa Kenntnis von der kommunistischen Dienstanweisung gegeben werden sondern sie belehrt werden sollen, die gleichen Aufgaben auszuführen.

Das im Verlauf der preussischen Polizeiaktion beschlagnahmte Material zeigt, dass die SA-Formationen die Belehrung dankbar aufgenommen und in die Tat umgesetzt haben.

SPD. Der Interfraktionelle Ausschuss der preussischen Regierungsparteien befasste sich am Donnerstag mit der Frage, ob der Landtag vor den Preussen-wahlen nochmals einberufen werden soll. In diesem Zusammenhang wurde u.a. auch die Frage einer Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags besprochen. Die Beratungen waren vertraulich. Sie werden fortgesetzt.

SPD. München, 7.April (Eig.Drahtb.)

Der gegenwärtige Bayerische Landtag schloss am Donnerstag mit der Annahme des Finanzgesetzes, durch das der Staatshaushalt für 1932 mit rund 640 Millionen in Einnahmen und Ausgaben abgeglichen ist. seine Pforten.

Das bemerkenswerte dieser letzten Sitzung war die Schärfe, mit der die Regierungsexponenten der Bayerischen Volkspartei, Ministerpräsident Dr. Held, Innenminister Dr. Stützel und der Fraktionsführer Prälat Dr. Wohlmuth, die Nationalsozialisten als staats- und volksfeindlich bekämpften. Dr. Wohlmuth richtete einen kritischen Appell an die Regierung, in dem er erklärte: "Allzu lange und mit einer fast unverzeihlichen Langmut hat die Reichsregierung und auch die bayerische Regierung den Unterwühlungen unseres staatlichen Lebens zugesehen, Unterwühlungen, die durch die Enthüllungen der letzten Tage in Preussen und in Bayern in einem Mass offenbar wurden, dass man darüber erschrocken sein muss. Dem muss endlich ein Ende gemacht werden, damit das

Volk von dem politischen Schlamm befreit wird."

Ministerpräsident Dr. Held bekannte, dass er tatsächlich eine viel zu grosse Langmut bewiesen habe. Aber jetzt sei Schluss damit, nachdem die Dinge unhaltbar geworden seien. Der nationalsozialistische Druck auf die Bevölkerung und insbesondere auf die Beamtenschaft sei so gross geworden, dass keiner mehr sich getraue, seine Pflicht zu tun und die Staatsinteressen zu vertreten. Tagtäglich werde draussen der Bevölkerung das "Köpferollen" vorgehalten und gesellschaftlich und geschäftlich mit dem Boykott gedroht. Angesichts des amtlichen Materials, das die Regierung in den Händen habe, seien alle Ableugnungsversuche aus dem Hitler-Lager vollkommen nutzlos. In Wirklichkeit sei die gesamte Bevölkerung unter den Druck eines unerhörten Terrors gesetzt, wie man ihn noch nie erlebt habe, nicht einmal in den Zeiten des Kulturkampfes. Von diesem Terror müsse die Beamtenschaft und die Bevölkerung endlich befreit werden. Die bayerische Regierung habe dazu alle Anordnungen getroffen. Die erste Anordnung sei das inzwischen erlassene Verbot aller von den Nationalsozialisten wieder geplanten Alarmbereitschaften für die kommenden Wahltage.

SPD. Am Donnerstag begann vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts der Hochverratsprozess gegen den früheren nationalsozialistischen Reichswehr-leuthant Scheringer. Von demselben Senat und Vorsitzenden (Reichsgerichtsrat Baumgarten), vor dem sich Scheringer jetzt unter der Anklage kommunistischer Umtriebe zu verantworten hat, war Scheringer im Oktober 1930 wegen nationalsozialistischer Zersetzungsarbeit in der Reichswehr zu einem Jahr Festung und Dienstentlassung verurteilt worden. Scheringer verbüsste diese Festungshaft in Gollnow. Hier, offenbar unter dem Einfluss verschiedener kommunistischer Mitgefangener, ist Scheringers politische Wandlung erfolgt. In verschiedenen von Gollnow aus geschriebenen Briefen und in anderen Dokumenten erblickt das Reichsgericht "hochverräterische Handlungen". Verteidigt wird der Angeklagte von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Obuch-Essen.

Wesentlich war vor allen Dingen, was Scheringer über seinen politischen Gesinnungswechsel und im speziellen Zusammenhang damit über seine Erfahrungen mit der NSDAP äusserte. Er meinte, er und seine früheren Mitangeklagten Wendt und Ludin hätten seinerzeit von der NSDAP die Vorbereitung zur Revolution erwartet, was freilich im ersten Prozess nicht recht zum Ausdruck gekommen sei, da sich dieser Prozess im trügerischen Licht der Legalität abgespielt habe. "Wir Ulmer Reichswehroffiziere wollten damals schon vor dem Prozess erklären, dass wir die nationalsozialistische Reichswehr und die nationale Revolution wollten. In den Vorbesprechungen vor dem Termin ist aber Rechtsanwalt Frank II, Hitlers Anwalt, förmlich losgefahren, um uns von diesem Willen abzubringen wir müssten auf Legalität bestehen und er werde Hitler laden lassen, damit er die Legalität beschwöre." Hitler hat schliesslich auch geschworen.....

Scheringer gab dann seiner Enttäuschung über Hitler lebhaften Ausdruck. Er berichtete, wie er vor seinem Uebertritt zur KPD von Gollnow aus zu Goebbel und Hitler ins Braune Haus reiste. Auf die Frage nach der Brechung der Zinsknechtschaft habe Goebbels geantwortet: "Das ist Federscher Unsinn, von dem bloss der das Brechen kriegt, der ihn lesen muss." Hitler selbst habe sich nur in ganz allgemeinen Redensarten bewegt und den Hauptteil der Zeit mit Hinweisen auf die nach seiner Meinung prachtvolle Ausstattung des Braunen Hauses verbracht, das alle anderen Bonzen ja vor Neid erblassen liesse... Oberst Hierl gab ihm schliesslich noch den Rat, is solle sich sofort zwei Sterne besorgen, er werde Hauptmann im Dritten Reich....

SPD. München, 7.April (Eig.Drahtb.) Von der amtlichen bayerischen Pressestelle wird neues Material über die Putschpläne nach dem "Hitler-Sieg" am 13. März mitgeteilt mit dem besonderen Hinweis, dass es absolut echt sei und nicht abgeleugnet werden könne, weil dafür tausendfache Zeugen vorhanden seien.

In einer SA-Sitzung erklärte der Gausturmführer von München-Oberbayern. wenn die jetzige Regierung zusammengebrochen sei und die Nationalsozialisten die Macht im Staate übernommen hätten, dann habe die SA zuerst 24 Stunden Freizeit, Dann könne sich jeder SA-Führer den von ihm notierten Gegner vorfangen und erledigen.

Der Adjutant Hitlers, Oberstleutnant a.D. Brückner, versicherte auf einer Werbeabend, dass die SA heute wiederum von demselben Geist beseelt sei wie im Jahre 1923. Es dauere nicht mehr lange, dann werde die SA-Fahne nicht nur auf dem Braunen Haus in München, sondern von jedem Regierungsgebäude in Deutschland wehen.

In einer Stadt Oberfrankens trat ein Angehöriger der Nationalsozialisten an einen Gendarmeriebeamten heran mit dem Ansinnen, er möge sich am nächsten Tage im Parteilokal einfinden, und zwar zu einer Besprechung, zu der noch weitere acht Staatsbeamte erscheinen würden. Da die Nazi-Partei jetzt die Macht bekomme, musse sie wissen, was für Leute auf ihrer Seite stehen und wer anderer Meinung sei. Die Anhänger der Partei würden dann ihre Posten bekon men. Der gleiche Nationalsozialist wandte sich dann an einen weiteren Gendarmeriebeamten mit dem Ansinnen, ihm einen Vertrauensmann innerhalb des Gendarmeriebezirks zu nennen. Die Partei habe in anderen Beamtenkategorien schon überall Vertrauensleute und brauche solche auch in der Gendarmerie.

Diese Versuche der Nationalsozialisten, die Beamten von ihren Dienstpflichten abzuhalten und staatsfeindlichen Zwecken dienstbar zu machen, machten auch vor der Reichswehr in Bayern nicht Halt. Gewisse ehemalige Offiziere höchsten Dienstgrades in der unmittelbaren Umgebung von Röhm sind mit diesen Versuchen wohl vertraut. In den Abendstunden des 12. März hat sich der Sturmbannführer von Ingolstadt 47 Infanteriegewehre, die in einer Mühle lagerten, verschafft und sie mit einem Auto nach Wolnzach gebracht. Als die Gendarmerie davon Kennthis erhielt, legitimierten die Herren sich und den Waffenerwerb durch nachträgliche offizielle Anmeldung.

In Bad Reichenhall äusserte sich der führende Nationalsozialist wörtlich: "Heute abend ist Hitler Reichspräsident. Innerhalb vier Tagen werden verschiedene Notverordnungen folgenden Inhalts erlassen: Auflösung des Reichstags, Absetzung der Reichsregierung, Wahl einer Ständekammer, die eine neue Verfassung im nationalsozialistischen Sinne umgehend zu beschliessen hat, weiterhin grundlegende Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet, Ausschaltung sämtlicher Banken, Umstellung des gesamten Geldwesens auf eine sogenannte Bodenmark, also Inflation, und schliesslich sofortige Einführung der Arbeitsdienstpflicht."

Ueber die illegalen Absichten, so schliesst die amtliche Veröffentlichung am Tage nach dem Hitler-Sieg liegen amtlich so viele glaubhafte Angaben aus den verschiedensten Gegenden und Orten von Bayern vor, dass sie auch nicht einmal zum kleinsten Teil aufgezählt werden können. Es gibt kaum einen Ortin Bayern, dessen Bevölkerung mit derlei Angaben in den Tagen vor dem 13. März nicht terrorisiert wurde.

SPD. Köln, 7.April (Eig.Drahtb.) Die "Rheinische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Donnerstag-Ausgabe Berichte von Nazi-Spitzeln, die im Verlauf der Haussuchungen bei der Kölner SA. gefunden wurden und die erkennen lassen, dass auch von der Kölner SA für den Fall eines Sieges von Hitler bei der Reichspräsidentenwahl gewalttätige

Aktionen gegen Gebäude der Kölner Arbeiterbewe ung und gegen Geschäftshäuser geplant waren. Ausser Photos über diese Gebäude hat sich die SA auch bemüht, Photos vom Innern der Wohnungen bekannter Kölner Sozialdemokraten zu erlangen. Zu den bespitzelten Persönlichkeiten gehört auch der Kölner Oberbürgermeister. Aus den Angaben und Geheimberichten geht schliesslich auch hervor, dass Beamte bestimmter Kölner Behörden amtliches Material an den Nachrichtendienst der Nazis geliefert haben.

SPD. Naumburg, 7.April (Eig.Drahtb.)

In Naumburg versuchte ein Nazi die Wagentür eines Lautsprecherautos der Eisernen Front aufzureissen und das Mikrophon zu stehlen. Die Rüpelei wurde rechtzeitig entdeckt und entsprechend quittiert.

In der Nazihochburg Freiburg a.U. wurde der Lautsprecherwagen von den Nazis mit Johlen und Gröhlen empfangen. Da die Vorführung aber gerade während der Stempelstunde erfolgte, so dass viele Arbeitslose schnell zur Stelle maren zogen sich die Nazis feige zurück. Die Propaganda konnte ungestört durch-

gerührt werden.

Einen regelrechten Ueberfall auf einen Propagandawagen der Eisermen Front verübten Nazis bei einer Propagandavorführung auf einem freien Platz vor dem Gasthof in Bibra. Plötzlich stürzten 50 bis 60 mit schweren Knüppeln bewaffnete Nazis aus dem Naziheim heraus und versuchten den Lautsprecher von dem Werb auto herunterzureissen. Andere bemühten sich, den Wagen umzustürzen. Die Arbeiter, empört über diese Unverschämtheit, verhinderten, dass der Wagen demo liert wurde. Voller Wut stürzten die Hitlerbanditen sich schliesslich auf die Arbeiter. Sie holten sich jedoch eine fühlbare Abfuhr. Auch auf der Weiterefahrt nach Saubach lauerten die Nazis dem Werbewagen auf der Landstrasse auf und eröffneten ein Steinbombardement, ohne freilich zu ihrem Ziel zu gelangen. Trotz des wohlorganisierten Landfriedensbruchs, als dessen Leiter der bekannte Naziführer Siegel aus Querfurt festgestellt wurde, konnten Fahrt und Werbung glücklich durchgeführt werden. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

SPD. Ein ehemaliger Offizier, ein Mann aus dem bürgerlichen Lager, der in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, die Wahlpropaganda in Mitteldeutschland zu beobachten, hat seine Wahrnehmungen in einem Bericht niedergelegt, der zu unserer Kenntnis gelangt ist und dem wir folgende bemerkenswerte Einzelheiten enthehmen:

"Im Mansfelder Seekreis, wo ich geschäftlich zu tun hatte, begegnete ich mit meinem Auto in einem Bergarbeiterdorfe einem Lautsprecherwagen des Hindenburg-Ausschusses, der kurz zuvor dort eingetroffen war. Ich hielt an und sah, wie die Menschen aus den Häusern zusammenströmten, bald war buchstäblich das ganze Dorf, durch die Klänge der Militärmusik angelockt, auf dem Platz um den Wagen herum versammelt. Es wurde eine Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg angekündigt. Es war die auf Schallplatten aufgenommene bekannte Rede, die vor dem 13. März im Rundfunk übertragen worden war. Die Menge hörte mit Interesse, zum Teil sogar sichtlich ergriffen zu. Es folgte das Deutschlandlied, das die meisten mit entblösstem Haupte anhörten. Da mich dieses Schauspiel interessierte und da ich über die nächsten Stunden frei verfügen konnte, beschloss ich, meine Beobachtungen im Lauf der weiteren Tor des Lauts sprecherwagens in dem mitteldeutschen Industriegebiet fortzusetzen.

Ich wusste bereits aus Gesprächen mit Einwohnern, dass es sich um ein Gebiet handelte, wo infolge der Arbeitslosigkeit und der Not, aber auch schen früher, die radikalen Parteien das Feld beherrschten. Am 13. März hatten

sonohl Hitler wie Thälmann in diesen Bergarbeiterdörfern um Bitterfeld. Mansfeld und Halle weit mehr Stimmen erhalten als Hindenburg. Dennoch konnte ich beobachten, dass die Bevölkerung sich im allgemeinen durchaus interessiert und anständig verhielt, freilich mit manchen Ausnahmen. Und da muss ich der Wahrheit halber zu meiner Betrübnis feststellen. dass diese Zwischenfälle fast ausschliesslich von nationalsozialistischer Seite provoziert wurden, während sich die kommunistischen Wähler zumeist ruhig und gesittet verhielten. Ich mischte mich jedesmal unter die Zuhörer, konnte also aus ihren Bemerkungen ihre politische Einstellung entnehmen. Die Kommunisten benahmen sich anständig, manche verliessen den Platz beim Deutschlandlied, aber durchaus nicht auffällig oder lärmend. Dagegen musste ich immer wieder die Beobachtung machen, dass es die Nationalsozialisten waren, und zwar die bessergekleideten, amscheinend gesellschaftlich und geistig Höherstehenden unter ihnen (Lehrer, Kaufleute und dergl.) - die schon während der Hindenburgrede durch gehässige Glossen die Kundgebung zu stören und ihren Eindruck zu bekämpfen ver suchten. Sie waren es, aus deren Munde oft unflätige Beschimpfungen Hindenburg fielen: "Der alte Trottel!", "Verräter am Volke" und dergl. Die einfachen Arbeiter hingegen und zwar auch solche, die am 13. März offensichtlich für Thäl mann oder für Hitler gestimmt hatten, benahmen sich durchweg anständig und rea gierten auf diese Provokationen meist gar nicht. Ich hatte vielmehr das deutliche Gefühl, dass sie unter dem doppelten Eindruck der Rede Hindenburgs und der Flegeleien der bessergekleideten Hetzer nachdenklich wurden und ihre bisherige Auffassung revidierten. Ich bin überzeugt, dass in diesem Gebiet der 10.April eine wesentliche Stimmenverschiebung und zwar von beiden Flügeln zugunsten Hindenburgs bringen wird.

Meine weitere berufliche Fahrt führte mich am Tage darauf nach Thüringen in die Gegend von Erfuhrt, Weimar und Eisenach. Wieder einmal begegnete ich einem anderen Lautsprecherwagen des Hindenburg-Ausschusses und wieder hatte ich Gelegenheit, mich ihm unauffällig während eines ganzen Nachmittags anzuschliessen. In dieser zwar recht verschiedenen, aber von den extremen Parteien ebenfalls stark verhetzten Gegend konnte ich genau die gleichen Erfahrungen sammeln. In mehreren Fällen war ich Zeuge von Angriffsversuchen auf den Wagen und seine Besatzung, die ausschliesslich von solchen Kreisen ausgingen, während die proletarischen Zuhörer, sofort tatkräftig dabei halfen, die Ruhe wiederherzustellen. Erkundigungen bei der Begleitmannschaft bestätigten meine

eigenen Wahrnehmungen."

SPD. London, 7.April (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstag-Vormittagsitzung der Viermächtekonferenz hielt der deutsche Hauptdelegierte von Bülow einen längeren Vortrag über den deutschen Standpunkt.

Bülow führte aus, dass die französischen Vorschläge der wirtschaftlichen Notlage der Donaustaaten nicht gerecht würden und sie gleichzeitig die übrigen europäischen Länder, und zwar besonders Deutschland schädigen würden. Der deutsche Gegenvorschlag wolle, dass durch die Grossmächte den Getreide produzierenden Donauländern für landwirtschaftliche Produkte und im Falle Österreich auch für industrielle Produkte einseitige Vorzugszölle gewährt werden, wie es von Deutschland gegenüber Rumänien und Ungarn bereits geschehe und wie es auch von Frankreich versucht worden sei.

Die wirtschaftlichen Gegensätze sind am Donnerstag im Verlauf der Ausspräche besonders deutlich hervorgetreten. Es stehen sich die Interessen der Gläubigerländer Frankreich und England auf der einen Seite und die der Handelsländer Deutschland und Italien auf der anderen Seite gegenüber. Die beiden zuletzt genannten Länder sind in erster Linie an der Aufrechterhaltung ihres Handels mit den Donauländern interessiert. Die italienische Haltung ist

ferner dadurch gekennzeichnet, dass Italien sich als einen der Nachfolgestäaten betrachtet, der in einen regionalen Zollzusammenschluss der Donauländer mit einbezogen sein müsste. Italien wäre jedoch auch bereit, einem modifizierten deutschen Vorschlag zuzustimmen.

Es ist ein Kennzeichen für den geringen Fortschritt der Beratungen, dass die Konferenz am Donnerstag-Nachmittag weiter in der Form des Komitees der Delegationsführer tagte und nicht als Vollsitzung, wie es vorgesehen war. Man hat die Erwartung, dass während der Konferenz wesentliche Beschlüsse gefasst werden, bereits ziemlich aufgegeben und ist sich vor allem darüber klar, dass es keinen Zweck hat, ohne die hauptsächlich interessierten Länder, nämlich die Donaustaaten selbst, weiterzuverhandeln. Nichtsdestoweniger hat man sich entschlossen, einen Redaktionsausschuss einzusetzen, der die Einladungen an die Donaustaaten zu einer Konferenz in Genf formulieren soll. Auch die englische Presse beurteilt die Aussichten der Konferenz sehr wenig zuversichtlich

SPD. Essen, 7.April (Eig.Drahtb.)
In Essen wurde am Donnerstag nachmittag unter grosser Beteiligung der am
Donntag verstorbene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Limbertz
beigesetzt. Reichstagsabgeordneter Gerlach-Düsseldorf üb erbrachte letzte
Grüsse des Parteivorstandes, der Reichstags- und Landtagsfraktion und des
Bezirksvorstandes Niederrhein. Reichstagsabgeordneter Husemann rief dem
Kameraden und Bergarbeiterführer im Namen des Bergbauindustriearbeiterverbandes und der Bergarbeiterinternationale ein letztes "Glückauf" zu. Ferner sprachen Vertreter der Eisernen Front und der Essener "Volkswacht".

SPD. Trier, 7.April (Eig.Drahtb.)

Vor einigen Monaten schoss der Richter Sidon in Trier nachts in die Wohnung eines Gewerkschaftssekretärs. Der verbrecherische Richter ist Nationalsozialist. Er wurde damals vom Amte suspendiert und geht seitdem auf Staatskosten spazieren. Jetzt hört man, dass Sidon für unzurechnungsfähig erklärt worden sein soll. Seine Neigung zum Alkohol hat angeblich seine Verstandeskräfte zerrüttet. Bis zu der Schiesserei ist es jedoch niemals aufgefallen, dass Sidon Einundfünfziger war.

Hoffentlich nimmt sich der preussische Justizminister des Falles schnellstens an. Eine gerichtliche Klärung der Sache Sidon ist dringend erforderlich.

SPD. Wilhelmshaven, 7.April (Eig.Dr.)

In Rüstringen kam es am Donnerstag-Nachmittag während einer national-s
sozialistischen Erwerbslosenversammlung zu einem vorbereiteten Ueberfall der
SA auf kommunistische und sozialdemokratische Versammlungsbesucher. Etwa
12 Personen wurden verletzt, darunter ein Arbeiter schwer. Die Nationalsozialisten stachen und hieben mit Dolchmessern, Stuhlbeinen und schweren Karabinerhaken auf ihre Gegner ein und zertrümmerten den grössten Teil der Saaleinrichtung. Die Polizei versagte vollkommen.

SPD. Frankfurt/M., 7.April (Eig.Dr.)
Sechs Anhänger der Sozialistischen Arbeiterjugend Frankfurt-Ostend
wurden in der Nacht zum Donnerstag von 30 Nazi-Rowdies überfallen. Die Nazis
rissen einen Jugendlichen zu Boden, traten ihn mit genagelten Schuhen und
raubten ihm eine mit Organisationsmaterial gefüllte Aktentasche.

In einer kleinen ostungarischen Stadt, wo die Arbeiterschaft am Donners tag gegen die Diktaturgelüste der Regierung Karolyi demonstrierte, kam es zu einem Zusammenstoss mit der Polizei. Die Beamten griffen zur Waffe und gaben mehrere scharfe Schüsse ab. Ein Arbeiter wurde getötet. In Budapest, wo wie in ganz Ungarn ebenfalls Demonstrationen veranstaltet wurden, sind wo wie in ganz Ungarn ebenfalls Demonstrationen veranstaltet wurden, sind 21 Personen verhaftet worden. Bis auf den einen Zwischenfall verliefen die Kundgebungen ruhig.

Der ungarische Ministerpräsident lehnte es am Donnerstag ab, eine Delagation der sozialdemokratischen Parlaments-Fraktion zu empfangen. Erst, wehn sich die Sozialdemokratie für die Beilegung des Proteststreikes einsetze, werde er dem Empfang stattgeben. Der Streik dauerte auch am Donnerstag an. werde er dem Empfang stattgeben. Zeitungen bis auf das sozialdemokratische

Zentralorgan wieder erscheinen.

SPD. Die Eiserne Front ist in den letzten Tagen im ganzen Reich erfolgreich in zahllose kleine Städte und Dörfer vorgestossen, die bisher als Hochburgen der Nazis galten. Insgesamt unterhält die Eiserne Front zurzeit 2000 fliegende Propaganda-Kolonnen, von denen jede 20 - 30 Dörfer an einem Tage bearbeitet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Messias und sein Prophet.

SPD. Goebbels reisst das Maul auf für Hitler. Er veröffentlicht schwülstige Anhimmlungen, die die Neigung Hitlers zum Grössenwahn kitzeln sollen. Er nennt ihn den "Retter Ostpreussens". Im fridericianischen Stile spricht er von "seinen" Ostpreussen. Nicht nur das, er macht ihn geradezu zum Gotte. Die bedauernswerten Leute aus dem Lande, die weder Hitler noch Goebbels kennen, die nur diesen Schleim über Hitler lesen, werden am Ende gar die orientalischen Phantasien des Herrn Hoseph Goebbels für wahr halten. Man muss Hitler und Goebbels, den Messias und den Propheten nebeneinander sehen, so wie sie in Berlin auf der Lustgartenkundgebung für Hitler nebeneinanderstanden: Den beschränkten Adolf und die deutsche Idealgestalt Goebbels', das Männchen, den sie im Zirkus ausstellen könnten!

Man muss wissen, wie sie zueinander stehen, und was einer von dem andern denkt. Hitler hat seinerzeit Goebbels gekauft, als Goebbels mit instinktiver Sicherheit die grössere Kasse bei Hitler witterte und seine früheren Freunde im Handumdrehen verriet. Goebbels hält Hitler für einen beschränkten Philister über den er sich heimlich lustig macht. Für die Dummen im Lande plustert er Hitler zum Messias auf, wenn aber die Auguren in der NSDAP zusammen über Adolf reden, dann grinsen sie bloss.

Als Goebbels und Strasser noch zusammen in Elberfeld gegen Hitler schoben gab Goebbels seinen Gefühlen für Hitler drastischen Ausdruck mit dem geflügel-

ten Wort: In Elberfeld ist der Kopf der Bewegung, in München der Arsch.

An Herrn Röhm hat Goebbels damals noch nicht gedacht. Diese Beziehung hat sein Wort erst nachträglich erhalten. Damals hat Herr Goebbels noch nicht gewusst, wie sehr sein Pfeil auch in dieser Hinsicht ins Schwarze getroffen hat! Er wollte nur sagen, um das Bild umzudrehen, dass er, Joseph Goebbels, in seinem Hintern mehr Verstand habe, als Adolf im Kopfe! Das denkt Joseph Goebbels auch heute noch, und mit sadistischem Grinsen hetzt er Adolf, den er als Drahtpuppe behandelt, immer mehr in die Rolle des Messias hinein, bis Adolf schliesslich glauben wird, er sei der liebe Gott höchstpersönlich. Boshafte Zungen behaupten, da Goebbels Hitler nicht anders erledigen könne, wolle er ihm einen geistigen Knax beibringen, um ihn beerben zu können, wenn Adolf erst im Sanatorium sitzt.

Sodenken sie voneinander, so lieben sie einander, der Messias und sein Erophet, die sich vor den ländlichen Bewohnern Deutschlands, die von ihnen nichts wissen als ein paar Phrasen und die Namen, in überlebensgrossem Format aufplustern wollen! Wird das erst einen Krach geben, wenn die Blase platzt!

Eide wollen geschworen sein!

Adolf Hitler macht mit seinem Eid alles! Kaum ist der Hochverrat und Landesverrat der SA. aufgedeckt, so beruft sich Hitler auf seinen Eid. Dieser Eickann nämlich alles. Der kann sogar einwandfreie Tatsachen aus der Welt schäffe

Selbstverständlich hat Hitler nur einen Eid, und wir erinnern uns, dass er diese Tatsache schon einmal aufgeregt und energisch beteuert hat. Das war am 3. Februar 1923, als Herr Hitler im "Völkischen Beobachter" wörtlich er-

"Ich erklärte auch dem Herrn Polizeipräsidenten, dass ich schon vor einigen Monaten, da die Regierung auch unter ersichtlichen Putschängsten litt, igelegentlich einer Aussprache mit Herrn Staatsminister Dr. Schweyer diesem frei

aus mir heraus erklärte, dass diese Angst nicht nur unbegründet wäre, sondern, dass es mir bei meinem Ehrenwort überhaupt nicht einfalle, dem Vaterland durch einen leichtsinnigen Schritt, und das wäre ein Putsch in meinen Augen, Schaden zuzufügen. Da ich nur ein Ehrenwort habe, muss ich verlangen, dass man dies auch nicht vergisst."

Es ist allerdings vergessen worden, dass Herr Hitler nur ein Ehrenwort be sitzt, und zwar von ihm selbst. Am 9. November 1923 hat Hitler geputscht und sein Ehrenwort gebrochen. Danach steht also fest, dass er nicht nur ein, son-

dern mindestens zwei Ehrenworte hat!

Oder sollen wir noch an die gebrochenen Ehrenworte der Naziführer Göring und Strasser erinnern, oder an die Erklärung von Strasser, dass ein falsches Ehrenwort eine erlaubte Kriegslist sei? Und dann soll man noch glauben, dass hitlers Legalitätseid irgendwelche juristische oder moralische Bedeutung habe?

Gemeinheit hinten herum.

Auf einem nationalsozialistischen Wahlflugblatt befindet sich unter der Ueberschrift "Tiefe Weisheit" die Beschreibung eines Besuches der Wartburg. Im Mittelpunkt der Beschreibung steht eine Betrachtung über einen Mönchsscherz, der an der Wand der Wartburg aufgezeichnet ist, und das menschliche Leben in Tiergestalt zeigt. Es heisst da: Das männliche Geschlecht: 10 Jahre ein Kalb, 20 Jahre ein Bock, 30 Jahre ein Stier, 40 Jahre ein Löwe, 50 Jahre ein Fuchs, 60 Jahre ein Wolf, 70 Jahre ein Hund, 60 Jahre ein Esel, 90 Jahre ein Kater, 100 Jahre ein Ochsentotenkopf. Das nationalsozialistische Wahlflugblatt versichert, dass darin eine tiefe, tiefe Wahrheit liege. Und damit es sinnfälliger werde, wie es gemeint ist, sind die Worte "80 Jahre ein Esel, 90 Jahre ein Kater" in Fettsatz gedruckt. Es ist ganz klar, dass damit eine hundsgemeine Beleidigung hinten herum an den Mann gebracht werden soll. Die Methode ist der nationalsozialistischen Dreckseelen würdig!

Die wahren Deutschen.

Im Sportteil des "Angriff" des Herrn Goebbels waren kürzlich deutsche Sportführer heftig angegriffen Jorden, weil sie als geborene Balten Ausländer sind. Es scheint, dass Herr Rosenberg aus Riga gegen diesen Pfeil aus dem Hinterhalt heftig Einspruch erhoben hat. Denn nun veröffentlicht das Goebbelsblatt eine Richtigstellung. Da heisst es:

"Wir können jetzt erfreut feststellen, dass es sich mit diesen Ausländern genau so verhält, wie mit vielen anderen auch. Als deutsche Brüder aus geraubtem Land (seit wann haben die baltischen Provinzen jemals zu Deutschland gehört?), durch das Versailler Diktat schmählich betrogen, haben sie noch heute zum Leidwesen eines jeden rechtlich denkenden Menschen zu leiden, obwohl gerade sie oft mehr Arbeit für Deutschland leisten, als es zehn Durchschnittsstaats bürgern möglich ist."

Also, die wahren Deutschen sind die Leute, die erst nach dem Kriege entdeckt haben, welches ihr Vaterland ist, und die geborenen Deutschen haben

vom Deutschtum und seinen Interessen keine Ahnung!

-f.Ais Welt

Pitlers bester Freund.

Das Hakenkreuz aus Weissem Käse.

SPD. Jeder hat schon einmal von dem Heilmagnetiseur und Kurpfuscherkönig Josef Weissenberg gehört. Er wurde bekannt durch verschiedene Gerichtsvers handlungen, in denen er sich als Kurpfuscher zu verantworten hatte. Seine Hauptheilmethode besteht im Auflegen von Weissem Käse. Viele Leute wurden durch den Käse krank. Weissenberg selbst aber hat sich dabei gesund gemacht: er besitzt eine Villa und zwei Autos.

Weissenberg kennt auch einen Heilsbringer für Deutschland: Adolf Hitler. Hitler ist nach ihm von Gott gesandt: man solle ihn nicht nur wählen, sondern auch bei Gott um seine Präsidentschaft bitten. Weissenbergs Getreue, gewornt, die Befehle ihres Herrn und Meisters gläubig als Offenbarung aufzunehmen, rue fen seitdem: Heil Hitler!

In Friedensstadt bei Trebbin, südlich von Berlin, bilden die Weissenberzger eine Kolonie. Hauptsächlich haben sich hysterische Frauen Hitlers bestem Freund verschworen. Einer unserer Mitarbeiter wohnte dieser Tage einem Gottesz dienst der Weissenberger bei. Ein Vertreter Weissenbergs hielt eine grosse Rede gegen die Medizin und führte aus, dass nur ein Bedürfnisloser glücklich werden könne, denn Jesus Christus habe auch entbehrt - und dann erklärte der Weissenberger, dass nur Hitler derjenige sei, der dieses Glück den Menschen bieten könne, denn nur bei ihm würden die Meuschen mit einem Stück Brot fröhzlich und zufrieden werden. Am Schluss meinte er: "Wir wählen Hitler schon deshalb, weil in den ländern, in deren der Faschismus herrscht, wie in Ungarn, Italien und Rumänien, unsere Religion nicht als Betrug gilt; wir können in diesen Ländern ungehindert arbeiten und predigen mit weissem Käse und für den weissen Käse."

Am Nachmittag desselben Tages predigte Weissenberg persönlich in der vollihm erbauten Kirche, die übrigens von der so gepriesenen Entbehrung und Bestürfnislosigkeit nur wenig spüren lässt. Weissenberg, ein kleiner dicklicher Typ, ist racht gut bürgerlich gekleidet - eigentlich stellt man sich den "zweisten Erlöser der Welt" etwas anders vor. Auch er selbst wirbt für Hitler, aber kategorischer und diktatorischer: er erklärt: "Die Idee Hitlers ist die Wahrsheit und Gerechtigkeit selbst und von Gott so gewollt. Auf Näheres lasse ich mich nicht ein; wer nicht glaubt, was ich sage, der soll allen Strafen Gottes ausgesetzt sein."

**Allen Strafen Gottes" - da haben wir den Salat und den Weissen Käse som zusagen auf einem Teller. Aber trotzdem glauben wir, dass es Hitler nichts nütmen wird, dass er den Quark, den er selbst redet, um den Quark, mit dem Weissenmeberg "Feilt" und hitler=heilt vermehrt.

Der van Gogh=Prozess. Der junge Kunsthändler Wacker, der sich vor dem Schöffengericht Berlin=Mitte zu verantworten hat, 30 falsche van Gogh=Bilder in den Handel gebracht zu haben, hält an seiner Verteidigung fest: die Bilder stammen angeblich von einem in der Schweiz lebenden russischen Emigranten, des sen Namen er aber nicht nennen dürfe, um ihn nicht zu gefährden. Wacker bleibt auch bei der Existenz dieses grossen Unbekannten trotz Vorhalt des Vorsitzene den, nachdem von den beiden als Zeugen vernommenen Inhabern der Kunsthandlung

Cassirer mit Bestimmtheit behauptet wurde, dass eine so grosse van Gogh-Lammlung keinesfalls unbekannt geblieben sein könne. Die beiden Zeugen gaben ferner dramatische Schilderungen über den Moment, in dem sie, zu verschiede= nen Zeiten und unabhängig voneinander, von Wacker zu Ausstellungszwecken ge= lieferte van Gogh-Bilder auf den ersten Blick als Fälschungen erkannt haben wollen.

Die *Sensation* der Donnerstag-Verhandlung war im übrigen die Vernehmung des Ingenieurs Vincent Willem van Gogh, eines Neifen des im Jahre 1891 ver= storbenen Malers. Der Zeuge erklärte, dass die unter den Wackerschen Bildern vorhandenen Selbstbildnisse nicht mit dem ihm bekannten Selbstbildnis über= einstimmen. Auch bei anderen Motiven glaubte der Zeuge Abweichungen von der van Gogh'schen Auffassung feststellen zu können. Verteidiger: *Erinnern Sie sich, dass auf dem Boden im Hause Ihres Stiefvaters Bilder van Goghs wie Zel= tungsparier aufgestapelt waren?" Zeuge: "Wie Zeitungen gerade nicht, aber es waren sehr viele Bilder dort... Es kamen viele Leute hin, um sich die Bilder auf dem Boden anzusehen." Verteidiger: "Erinnern Sie sich, dass einmal eine Menge Bilder van Goghs auf einem Karren auf der Strasse verkauft wurden?" Zeu= ge: "Es waren das aber nur Bilder aus der Brabanter Zeit, sogenannte "schwar= ze" Bilder; keine französischen" (- um die es sich in dem Prozess handelt. D.R.). Verteidiger: *Ist Ihnen bekannt, dass dem Meister in Arles und St. Remis Bilder gestohlen wurden?" Zeuge: "Allerdings sind Bilder abhanden gekommen."

Schliesslich machte der Angeklagte Wacker noch die ergänzende wichtige Mitteilung, dass von den dreissig zur Verhandlung stehenden van Gogh-Bildern sechzehn sein Bruder in Düsseldorf restauriert habe. Der Bruder des Angeklag= ten ist schon vor längerer Zeit ebenso wie sein Vater, ein Landschaftsmaler.

nach Holland verzogen

Mehr Jugendschutz! In einem Bericht des Landesjugendamts der Rheins provinz werden äusserst bedenkliche Angaben über den Umfang des Vertriebs von Schmutzliteratur in Köln gemacht. So wenig einer grösseren Bevormundung der Erwachsenen das Wort geredet werden soll, so berechtigt ist die Forderung nach einem verstärkten Jugendschutz, für den an sich die gesetzlichen Unter= lagen längst vorhanden sind!

Vor einem Jahr betrug die Zahl der Leihbibliotheken in Köln 60, zurzeit sind es 460. Die Schaufenster und Ladentische sind mit erotischen Büchern pornographischen Zeitschriften und Aktphotographien ausstaffiert. In den Regalen lugern zuhlreiche Romane, die seit längerer Zeit auf der Schund- und Schmutzliste stehen. In einer Kölner Leihbibliothek wurden mehrere Kisten Pornographien - es waren Privatdrucke, zu drei Viertel in Maschinenschrift und zum Teil sogar in Handschrift - von der Polizei beschlagnahmt. In einem Werk "Das lüsterne Weib" konnten Fingerabdrücke und Kritzeleien von Kindern festgestellt werden. Meistens waren junge Mädchen oder junge Burschen mit der Ausleihe beschäftigt. In einem berüchtigten Kölner Pornographenladen war ein fünfzehnjähriges Mädchen eingestellt. Kaum einer der Leihbibliotheks-Besitzer hat irgond eine Ahnung von den bestehenden Vorschriften über verbotene Bücher und vom Gesetz über Schund- und Schmutzschriften.

Prozess Barella. Der Prozess gegen den der Untreue, der Unterschlagung und des Kreditbetruges beschuldigten Berliner Waffenhändler Max Barella geht nur langsam vorwärts. Die Vernehmung der Barella schen Angestellten und der Zeugen des geschädigten Bankhauses Delbrück, Schickler & Co. soll Klarheit über die Frage bringen, ob die von Barella an Delbrück gegebenen Zessionen, die praktisch wertlos waren, in gutem Glauben gewährt worden seien. Das ausser= ordentlich umfangreiche und unübersichtliche Material zu diesem Fragenkomplex wird in allen Einzelheiten nachgeprüft.

"Kuhle Wampe". Der kürzlich von der Berliner Filmprüfstelle verbotene sozialistische Tonfilm "Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?" wird am 9. April der Oberprüfstelle vorgeführt werden.

Grotjahns Nachfolger. Als Nachfolger des verstorbenen Sozialhygienikers Professor Dr. Grotjahn von der Universität Berlin wurde Professor Bruno Chajes zum planmässigen ausserordentlichen Professor für soziale Hygiene und zum Direktor des Sozialhygienischen Seminars der Berliner Universität ernannt. Chajes, Herausgeber der "Zeitschrift für Schulgesundheit und soziale Hygiene", Mitglied des Reichs- des preussischen Landesgesundheitsrats und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages, wirkt bereits seit mehreren Jahren als Professor an der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

Do X III! Auf der Dornierwerft in Altenrhein wurde das dritte Flugschiff vom Do X-Typ fertiggestellt und probeweise eingeflogen. Das Flugschiff ist, wie sein Vorgänger, für Italien bestimmt.

Max Lenz +. In Berlin verstarb im Alter von einundachtzig Jahren der bekannte Historiker Max Lenz.

Auto im Kanal. In der Nähe von Graz stürzte ein geschlossener Kraftwagen bei einem missglückten Ausweichversuch in den Kanal einer Papierfabrik, der gegenwärtig Hochwasser führt. Die Insassen des Wagens, zwei Frauen, kamen ums Leben.

<u>Die Piccardgondel.</u> Ein Trupp von Fachleuten unter Leitung des Brüsseler Universitätssekretärs Dr. Heinsheimer ist gegenwärtig bemüht, die Gondel des Piccard schen Stratosphärenballons vom Gurgler Ferner (Oetzthaler Alpen) ab zuschleppen, um sie später nach Brüssel transportieren zu lassen.

Max Kemmerich +. 56 Jahre alt verstarb in München der Schriftsteller Dr. Max Kemmerich, Verfasser kulturhistorischer okkultistischer Schriften.

Flugzeugkatastrophe. In der Nähe von Larissa (Syrien) stiessen zwei Miliztärflugzeuge zusammen und stürzten ab. Drei Insassen kamen ums Leben.

Tod des Diamantenmillionärs. In einem See in der Nähe von Swakopmund (frühere Deutsch-Südwestafrika) wurde der Leichnam des aus Deutschland stammenden *Diamantenmillionärs* Kreplin treibend aufgefunden. Am Kopf war eine Schusswunde sichtbar; man vermutet Selbstmord. Kreplin, der als einer der ersten im Jahre 1908 in Deutsch-Südwestafrika Diamanten entdeckte und diese Entdeckung industriell auszuwerten verstand, war der erste Bürgermeister in Lüderitzbucht.

Betrügerischer Rechtsanwalt? Unter dem Verdacht der Unterschlagung anverstraufer Gelder wurde in Stuttgart der Rechtsanwalt und Syndikus Danner vershaftet.

Depps Schuld. Der Wiesbadener Kaufmann Hermann Depp. der sich, wie be= richtet, im Augenblick der Verhaftung erschoss, hat nach den bisherigen Fest= stellungen ein Vermögen von 800 000 Mark in die Schweiz verschoben.

<u>Dorf frei!</u> Das in der Nähe von Dijon (Frankreich) gelegene Dorf Aubepine, das vor zehn Jahren noch über 150 Einwohner hatte und heute vollkommen leer steht, ist zum Preise von 500 000 Francs zu verkaufen.



Schafft Ruhe in Deutschland!

Ruhe gibt Brot.

SPD. Keine Kirchhofsruhe, wie sie der Faschismus und der Bolschewismus kennen! Im Gegenteil: wir wollen Kampf, Kampf gegen die Not, Kampf um Arbeit, Kampf um Brot. Wir wollen aber keinen Kampf, der die Not noch steigert. In solchen Kampf treibt uns nur der ewige Klamauk der Nationalsozialisten und Kommunisten. Nicht Klamauk, Radau, Krawall, Mord und Totschlag, sondern geprdnete Verhältnisse! Ruhe und Ordnung braucht Deutschland, wenn es seinen Befreiungs kampf nach aussen erfolgreich durchführen will, Ruhe und Ordnung braucht es, wenn es seine Wirtschaft wieder beleben, Arbeit und Brot schaffen will.

Ist erst einmal mit dem Zellenbau für den Bürgerkrieg aufgeräumt, dann wird auch in Deutschland wieder die Bahn frei für eine Politik des gesunden Menschenverstandes, d.h. für eine Politik der ehrlichen Elemente, die keine Wunder versprechen, sondern jedermann, der es unbedingt hören will, freimütig sagen, dass sie nur mit Wasser kochen und die Kochkunst am meisten schätzen, die noch ein Mittagbrot herstellen kann, wenn auch wenig Mehl im Kruge ist. Für diese Politik des gesunden Menschenverstandes kämpfen in Deutschland die organisierten Arbeiter. Zwischen der Reichspräsidentenwahl und der Preussenswahl; zwischen den grossen für Deutschlands Zukunft entscheidenden politischen Schlachten, muss für diese Politik der Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichskeit im Interesse des von Not und Elend so schwer heimgesuchten deutschen Volskes Bresche gebrochen werden. Die Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Schlichtern, den Gewerkschaften und den Unternehmern über die Lohnfrage und der Krisenkongress der freien Gewerkschaften beide Veranstaltungen müssen über den Kampf um Lohn und Arbeit Klarheit bringen.

"Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunrushigung durch Farifkündigungen unterbleiben". Dies Wort stammt vom Reichsarbeits minister. Sein Wunsch ist bei den Arbeitgebern nicht in dem Mass beherzigt worden, wie es Deutschlands Interessen erfordern. Die bereits vollzogenen Künsdigungen sind keineswegs gering an Zahl und die dabei angemeldeten Forderungen der Arbeitgeber grenzen stellenweise an Unverschämtheit. Es gibt eben immer noch im Unternehmerlager Leute, denen es an jeglichem Fingerspitzengefühl fehlt.

Ueber den Umfang der Kündigungen hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund durch seine Statistische Abteilung sehr beachtenswerte Tatsachen
festgestellt. Sie werden in der soeben erschienenen neuen Nummer der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des ADGB, (Nr.15) mitgeteilt. Danach sind durch
die Notverordnung vom 8.Dezember des vergangenen Jahres die Ablauftermine der
Tarifverträge (ebenso der Manteltarife) weit überwiegend auf Ends April dieses Jahres befristet worden. Die Notverordnungslohnvereinbarungen laufen ab,
bezwisind kündbar zum Ende Februar-März für 27 ooo Arbeitskräfte, zu Ende
April für 6 639 ooo, Mai 382 ooo, Juni 42 ooo, Juli 10 ooo, August 57 ooo,
September 48 ooo, Oktober-Dezember für 110 ooo Arbeitskräfte. Weder in den
freien Vereinbarungen noch in den Festsetzungen durch die Schlichter wurde
von der Möglichkeit,den Ablauf der Tarifverträge über den 30.April hinaus zu
bestimmen, in grösserem Umfang Gebrauch gemacht. Während die Tarifverträge
für mehr als 6,6 Millionen Arbeitskräfte zunächst bis Ende April 1932 befri=
stet sind, zeigen nur Tarifverträge für fast 3/4 Millionen Arbeitskräfte von

vornherein eine grössere Dauer. Aber auch der grössere Teil dieser Tarifverträge ist nur bis Ende Mai dieses Jahres befristet, sodass nur Tarifverträge für rund 300 ooo Arbeitskräfte von vornherein über den Monat Mai hinaus bis Ende des Jahres gelten.

Der Reichsarbeitsminister glaubte, dass die Arbeitgeberverbände "von der Kündigungsbefugnis der Lohntarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Ge= brauch machen werden". Seine Annahme war irrig. Nach den Feststellungen des ADGB waren bis zum 5. April bereits zum 30. April gekündigt bezw. liefen mangels einer Kündigungsbestimmung mit dem 30. April ab:

3 600 ooo Arbeitskräfte, Mantelverträge für 2 800 000 Lohnverträge für

Gekündigt wurden fast restlos die Tarifverträge im Holzgewerbe, in der Bauwirtschaft, in den graphischen Gewerben, in den Gemeindebetrieben, in der Glasindustrie und die übergrosse Zahl der Landarbeitertarife. Nicht gekündigt wurden u.a. die Reichstarise der Eisenbahner und der Post, der Schuhmacher und der Tabakarbeiter. Nicht gekündigt wurde auch die Mehrheit der Lohntarife in der Metallindustrie, Textilindustrie, für die Nahrungsmittelindustrie, für die Pabrikarbeiter und im Bergbau. Für die Metallindustrie ist die Sachlage zurzeit noch nicht übersehbar weil zahlreiche Lohntarife eine nur 14tägige Kündigungsfrist vorsehen, sodass weitere Kündigungen zu erwarten sind.

Die Arbeitgeber sind also drauf und dran, ungeachtet der gegenwärtigen Lage Deutschlands die Wirtschaft durch Tarifkundigungen aufs neue gefährlich zu beunruhigen und in Arbeitskonflikte zu stürzen. Sie sind noch immer nicht von ihrem Lohnabbauwahn losgekommen. Sie möchten einen neuen systematischen Lohnabbau herbeiführen, und auch jetzt rechnen sie wieder auf die Hilfe des Reichsarbeitsministeriums, Diesem gefährlichen Spiel muss ein Ende gesetzt

werden.

Wenn die Arbeitgeber auch nur ein Bruchteil ihres Scharfsinns, mit dem sie immer wieder den Lohnabbau, den alten und womöglich auch noch einen neuen. zu rechtfertigen versuchen, zur Ueberwindung der Schwierigkeiten der Ar= beitsbeschaffung aufwenden wollten - wir wären dann schon ein gutes Stück wei= ter. Aber da hapert's. Weil sie vom Lohnabbau nicht loswollen, haben sie für die Arbeitsbeschaffung nichts übrig. Und leider macht ihnen dabei die un= durchsichtige Haltung der Regierung immer wieder Mut. Kaum hat der Reichs= finanzminister leise angedeutet die Regierung sei bereit den vorsichtigen Ver= such einer Wirtschaftsbelebung zu machen, da kracht schon in der Presse grobes Geschütz: weder innerhalb des Gesamtkabinetts noch in den für die Arbeitsbe= schaffung zuständigen Ressorts lägen irgendwelche Entschlüsse über ein Ar= beitsbeschaffungsprogramm vor, vielmehr hätten die Beratungen der zuständigen Stellen in der jüngsten Zeit die Schwierigkeiten eines derartigen Versuchs erst recht ins Licht gerückt. Nun - wir werden ja sehen, ob die Regierung vor dem Krisenkongress der Gewerkschaften mit leeren Händen erscheinen will.

Lohn und Arbeit - beide Fragen sind jedenfalls nicht zu lösen, wenn Deutschland nicht zunächst einmal in der Politik wie in der Wirtschaft zur Ruhe kommt. Die Reichspräsidentenwahl und der Wahlkampf in den Ländern, vor allem der Kampf in Preussen müssen die von Narren und Verbrechern vergiftete politische Atmosphäre säubern. Ist erst einmal der Spuck des Dritten Reiches verschwunden, dann werden sicherlich die Unternehmer wieder eher mit sich re= den lassen. Wir werden dann im Kampf um Lohn und Arbeit schneller vom Fleck

Schafft Ruhe in Deutschland! Ruhe gibt Brot. Denkt daran bei den Wahlen.

SPD. Der Krisenkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nunmehr auf den 13.April anberaumt worden. Er findet im Reichstag statt. Der einzige Punkt seiner Tagesordnung lautet: die Notwendigkeit der Arbeits= beschaffung. Den Bericht hierüber erstattet Eggert, der stellvertretende Vorsitzende des ADGB.

Wie wir hören, wird der Reichskanzler Dr. Brüning den Kongress besuchen.

Jedenfalls nimmt der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald an ihm teil.

Alle Dispositionen, die seinerzeit vor der Verschiebung des Kongresses getroffen wurden, bleiben aufrecht erhalten. Die Delegierten zum Frankfurter Gewerkschaftskongress behalten ihr Mandat für den Krisenkongress.

Die grosse Aussprache des Reichsarbeitsministers mit den Schlichtern, den Unternehmern und den Gewerkschaften zur Klärung der Lohnfrage findet am 12.April statt.

SPD. Die Frühjahrsentlastung am Arbeitsmarkt ist in der zweiten Hälfte des März deutlich erkennbar geworden. Die Arbeitslosenzahl ist nach dem Be-richt der Reichsanstalt seit dem 15. März um rund 98 coo zurückgegangen und betrug am 31. März nach den Zählungen der Arbeitsämter rund 6 031 000.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden am 31. März rund 3 323 000 in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, rund 1 948 000 Wohlfahrtserwerbslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Gegenüber dem Stand Mitte März hat die Arbeitslosenversicherung eine Entlastung um rund 158 ooo auf rund 1 579 ooo Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Krisenfürsorge wurden rund 1 744 ooo Hauptunterstützungsempfänger gezählt, was gegenüber Mitte des Monats eine Zunahme um rund 27 000 bedeutet.

Die Besserung der Beschäftigungsverhältnisse, die im vorigen Berichtsab= schnitt sich erst in einzelnen Bezirken ankündigte, hat sich nunmehr allgemein durchsetzen können. Sie blieb jedoch hinter der entsprechenden Bewegung im Vorjahre nicht unerheblich zurück, wohl zum Teil infolge der Zurückhaltung der Wirtschaft wegen der ungeklärten politischen Lage. Die günstigere Ent= wicklung wurde fast ausschliesslich von den Saisonaussenberufen getragen, in denen allmählich die Arbeit in etwas grösserem Umfange wieder aufgenommen wurde. Die nicht unerhebliche Zahl der erfolgten Vermittlungen kommt nicht völlig in einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahl zum Ausdruck, da viele nicht unterstützte Arbeitslose, die während des Winters dem Arbeitsamt ferngeblieben waren, jetzt ihr Arbeitsgesuch erneuerten, und weil ausser= dem der Zustrom von schulentlassenen Jugendlichen in die Berichtszeit fiel.

Die Entlastung des Arbeitsmarkts betrug im Vorjahr in der zweiten Marz= Hälfte 236 000. Fine ernste Mahnung und ein neuer Beweis dafür, wie notwendig der Krisenkongress der Gewerkschaften ist.

SPD. Die Arbeitgeber= und Arbeitnehmer=Organisationen des Baugewerbes haben in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister von der Regierung die Finrichtung von Werkplätzen für Bauarbeiterlehrlinge gefordert.

Die Zahl der arbeitslosen Lehrlinge des Baugewerbes ist seit dem Jahre 1929 so stark gestiegen, dass die Ausbildung des Nachwuchses ausserordentlich gefährdet ist. Die jungen Leute sollen auf den Werkplätzen beschäftigt und in ihren Berufskenntnissen gefördert werden.



Hilft der Nazi?

Bockheimer Zwangswirtschaft als Bauernparadies.

SPD. Durch die jahrzehntelange, in gewissenlosester Weise betriebene de= magogische Agitation des Bundes der Landwirte und des Reichslandbundes sind. grosse Teile der Landwirtschaft, besonders im Norden und Nordosten Deutschlands, derart verhetzt und um ihren politischen Verstand gebracht worden, dass es den nationalsozialistischen Agitatoren leicht fiel, durch noch weitergehende For= derungen und durch noch grössere Versprechungen grosse Massen der landwirt= schaftlichen Wähler für sich zu gewinnen. Die unverantwortlichen Hetzreden in den Landbundversammlungen haben zu einer Radikalisierung der Landwirtschaft geführt und sogar die bisherigen Organisationen, gegen ihren Willen, gezwungen,

den Nazis immer mehr Einfluss in ihren eigenen Reihen zu gewähren.

Aber was bieten eigentlich die Nationalsozialisten der Landwirtschaft. dass sie es so eilig hat, ins Dritte Reich zu gelangen? Ihr Agrarprogramm, das teils aus Forderungen besteht, die aus den Programmen anderer Parteien abge= schrieben sind teils nur nichtssagende Plattheiten enthält ist wahrlich nicht geeignet auch nur einen Hund hinterm Ofen hervorzulocken. Vielmehr dürften ihre Versprechungen, vor allem die dass die Landwirte im Dritten Reich keine Steuern und Zinsen mehr zu zahlen hätten, in ers.er Linie die landwirtschaft= lichen Wähler bewegen, den Nazis ihre Stimmen zu geben. Die Ahziehungskraft dieser Versprechungen wäre aber höchstwahrscheinlich geringer, wenn die Nazi= demagogen in den Versammlungen auch mitteilen würden, dass mit dem Ende des Steuerzahlens auch jede Unterstützung der Landwirtschaft durch den Staat auf= hören müsste, denn schon jetzt ist die Summe sämtlicher, der Landwirtschaft ge= währten Subventionen und Unterstützungen weit höher als die von der Landwirt= schaft aufgebrachten Steuern.

Noch geringer würde die Bereitwilligkeit der Landwirte sein, für die Nazis zu stimmen, wenn sie etwas besser über die Pläne unterrichtet wären, die von den Nazis für den Fall der Uebernahme der Staatsmacht ausgeheckt worden sind. Ge= rade jetzt, da durch die preussische Regierung die Putschpläne der Nazis der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurden, ist es Zeit, wieder daran zu erinnern, in welcher Weise die Nazis nach ihrer Machtergreifung die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln vorzunehmen gedenken. In den Plänen über die Re= gelung der Ernährungswirtschaft, wie aus dem berüchtigten Bocksheimer Dokument zu ersehen war, heisst es u.a., dass alle Lebensmittel zur Verfügung der Führung der S.A. stehen und an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt ab= zuliefern sind. Jeder Erzeuger muss eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum befindlichen Lebensmittel einreichen und darf sie weder verkaufen noch tauschweise veräussern. Jede Vereitlung der Festatellung und jeder Ver= kauf oder Tausch von Lebensmitteln soll mit Einziehung des gesamten Vermögens. aber auch mit Freiheits= und sogar mit Todesstrafen geahndet werden.

Ob von diesen Bestimmungen die Landwirte sehr entzückt sein werden dürf= te zum mindesten zweifelhaft sein. Aber nicht nur ist eine Konfiskation der Lebensmittel für die Zeit nach der Machtergreifung der Nazis vorgesehen, son= dernauch die gesamte Volksernährung soll durch Kollektivspeisungen und durch Ausgabe der Lebensmittel gegen Karten erfolgen. Also Zwangswirtschaft auf der ganzen Linie! Alle Ableugnungsversuche gegenüber diesen Plänen sind kläglich

misslungen. Die Dokumente waren nicht eine Privatarbeit irgend eines Natio= nalsozialisten, sondern sie sind, wie amtlich festgestellt wurde, das Ergebnis von Besprechungen, die sich auf einen längeren Zeitraum erstreckten und die zwischen allen massgeblichen Führern der Nationalsozialistischen Partei in

Hessen stattgefunden haben.

So also soll es im Dritten Reich zugehen, für das grosse Teile der Landwirtschaft sich einsetzen. Eine brutale Zwangswirtschaft soll wieder aufleben durch die die Landwirtschaft bestohlen wird und unter der die Verbraucherschaft verhungern kann. Die schlimmsten Zeiten der Zwangswirtschaft während des Kri ges würden im Dritten Reich wieder aufleben, ja sie würden sogar noch viel schlimmer werden. (Konfiskation von Lebensmitteln usw.) Aus diesen dilettar schen Plänen bestand der Kampf der Nazis gegen den "Marxismus" und gegen da. "System".

Glauben aber die Bauern wirklich,dass man durch Zwangsmassnahmen den Absatz an Milch und Butter und deren Preise heben kann? Woran liegt es,dass die Lage grosser Teile der Landwirtschaft so schlecht ist? Hat das "System" wirk=lich die Schuld an den bestehenden Verhältnissen? Die Antwort auf diese Fra=

gen ist leicht zu geben!

Die Preise für Fleisch, Milch und Butter sind deswegen so niedrig, weil das Einkommen der Verbraucher in den Städten infolge der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaus so gering ist. Keine Macht der Welt kann hierin einen Wandel schaffen, wenn sie sich nicht dafür einsetzt, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung zu erhöhen. Am allerwenigsten wird aber eine von den Nazis ausge= übte Zwangswirtschaft die schlechte Lage der bäuerlichen Landwirtschaft bes= sern können. Die Zölle für Butter und Eier können noch so hoch heraufgesetzt werden, die an sich jetzt schon sehr verringerte Einfuhr an Lebensmitteln kan noch so sehr eingeschränkt werden: eine Preissteigerung für Molkereierzeugnis se und Eier ist nicht möglich, weil bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nac. dem Lohn= und Gehaltsabbau jede Preissteigerung zu einer Einschränkung der Aus= gaben für diese hochwertigen Erzeugnisse führen muss. Jede weitere Bedrückung der Industriearbeiter durch Lohnsenkung, wie es die Nazis wollen, führt unwei= gerlich zu einer Senkung des Verbrauchs an den landwirtschaftlichen Erzeugnis= sen, die der Bauer auf den Markt bringt. Die Grossagrarier freilich, die vor al= lem Roggen und Kartoffeln liefern sind an der Höhe des Arbeitereinkommens we= niger interessiert, weil die Ausgaben für diese notwendigsten Nahrungsmittel ar wenigsten eingeschränkt werden können. Daher erklärt es sich auch, dass die eifrigsten Werber für die Nationalsozialistische deutsche "Arbeiter"=Partei unter den Besitzern von Rittergütern und Latifundien zu finden sind wie z.B der Fürst Eulenburg-Hertefeld mit seinen 18 000 Morgen Land. Auch würden di Herren von der nationalsozialistischen Zwangswirtschaft viel weniger betrof werden als die grosse Masse der arbeitenden Landbevölkerung. Die Bauern jedograben sich ihr eigenes Grab, wenn sie den Nationalsozialisten nachlaufen und sich mit ihnen für einen Lohnraub an dem stärksten Teil der Verbraucherschaft den Industriearbeitern, einsetzen. Der Bauer sollte endlich einsehen, dass er keinen Pfifferling durch die unter grossagrarischen und schwerindustriellem Einfluss stehenden Nationalsozialisten gewinnen kann, sondern nur durch ein Zusammengehen mit dem Arbeiter als seinem natürlichen Bundesgenossen gegen Lohnraub und Grossgrundbesitzer.

SPD. Hitler und sein volkswirtschaftlicher Generalstab - bei den Nazi= oten geht es eben einmal nicht ohne General und Stab - haben des öfteren kein Hehl daraus gemacht, dass man selbst vor dem Mittel der Inflation nicht zurückschrecken wird. Ein bekannter Berliner Nationalsozialist hat z.B. erklärt.dass man, sobald Hitler die Macht übernommen habe, schon Noten drucken werde, um die SA-Armee bei der Stange zu halten, und dass man die Bevölkerung aus der Feld küche füttern würde.

Jetzt, vor der Wahl, tun die Nazis empört, wenn man ihnen vorwirft, dass sie Deutschland in die Inflation hineinhetzen wollen. Und doch werden sie sie von diesem Vorwurf niemals reinigen können. Sie können nicht leugnen, dass ihr führender Wirtschaftssachverständiger offen die Inflation anstrebt. Feder hat in einer Reihe von Schriften die Einführung von zinslosen "Kassenscheinen" 24 * Bezahlung öffentlicher Aufträge und von zinslosen "Baumarkscheinen" zur Bezahlung des Wohnungsbaues gefordert. Darin erblickt er überhaupt das Geheim= nis der "Brechung der Zinsknechtschaft". Wenn man aber dauernd die Notenpresse in Bewegung setzt, um damit Strassen, Kanäle und Wohnungen zu bauen, so ist das nackte, krasseste Inflation. Darüber gibt es unter den Sachverständigen keine Meinungsverschiedenheit. Eine Inflation bezahlen aber nur die Arbeiter, Angestellte und Beamten mit ihrem Finkommen. Nur auf Kosten des Arbeitseinkommens könnte heute in Deutschland eine Inflation durchgeführt werden.

Freilich ist es um Feder inzwischen still geworden, aber die Nazis haben seine Lehre niemals abgeschworen. Wie könnten sie auch? Wie wollen sie eigent,= lich die Zinsknechtschaft brechen, wenn nicht durch die Ausgabe "zinsloser Kassenscheine"? Auch die neuesten Ergüsse nationalsozialistischer Wirtschaftsweis heit laufen auf Inflation hinaus, wenn sie auch nicht mehr so unverblümt angekündigt wird wie bei Feder. So heisst es in der neuesten offiziellen Nazi= schrift, verfasst vom "Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP" Pfaff. dass die Währung des Dritten Reiches sich von der Golddeckung abkehren muss und die Höhe des Geldumlaufs nur von der "Ehrlichkeit und Zahlungsfähigkeit" der Schuldner der Notenbank abhängig sein darf. Das ist im Grunde genommen da selbe, was Feder will, nur etwas unklarer und versteckter ausgedrückt. Die Na= zis predigen zwar nicht mehr offen und ehrlich, wohl aber versteckt und ver= schleiert die Inflation. Das ist womöglich noch schlimmer.

Wie könnte auch die Inflation vermieden werden, wenn die Nazis wirklich einmal zur Macht kommen sollten? Wenn sie auch nur den zehnten Teil ihrer-Versprechungen wahrmachen wollen, wenn sie die Goldwährung abschaffen, die Zin= sen künstlich herabsetzen, die Kreditwirtschaft zerrütten, der Landwirtschaft die Steuern erlassen, die deutsche Wirtschaft vom Ausland absperren wollen. Wer glaubt, dass dann die deutsche Währung noch gehalten, das ewige Hinaufklet= tern des Dollarkurses und der Preise verhindert werden könnte? Ob so oder so, ob mit Feder oder Pfaff; Hitler ist die Inflation, Hitler ist die Zerrüttung de Währung, Hitler ist die Preisschraube ohne Ende, Hitler ist das wirtschaftli= che Chaos.

SPD. In einzelnen Bezirken Sachsens wird das Gerücht verbreitet, dass sich die Reichsregierung mit der Einführung einer Fahrradsteuer beschäftige. Man behauptet sogar, dass diese Steuer den horrenden Satz von 15 Mark aus= machen würde.

Wie der "Soz. Pressedienst" aus dem Reichsfinanzministerium erfährt, ist dort von derartigen "irrsinnigen" Plänen nicht das geringste bekannt. Das Ge= rücht ist also ein Wahlschwindel.

SPD. Die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken, jener gewaltige Trust, der mehr als 40 Prozent des gesamten deutschen Realkreditgeschäfts beherrscht, konnte auch im vorigen Jahr, wie aus dem vorliegenden Abschlusszäh= len erkenntlich wird, ausserordentliche Reserven anhäufen. Der Reingewinn wird mit 11,3 gegen 17,7 Millionen Mark im Vorjahr ausgewiesen; jedoch sind vorher über 9,3 Millionen Mark für Zinsrückstände abgeschrieben worden. Da ein gros= ser Teil der Zinsrückstände im laufenden Jahre eingehen wird, ist hier eine gewaltige Reservequelle geschaffen. Ausserdem hat die Gemeinschaftsgruppe. deren offene Reserven mit rund 80 Millionen bereits 8/9 des Aktienkapitals erreichen, noch Sonderrückstellungen, sogenannte Delkrederekonten, für etwaige Verluste in Höhe von 21 Millionen Mark gebildet. Die gesamten offenen Reser# ven der Gemeinschaftsgruppe erreichen damit also 101 Millionen Mark. Infolge dieser überspitzten Reservepolitik wird die Dividende von 12 auf 7 Prozent her: abgesetzt.

Der scharfe Absturz im Realkreditgeschäft während des vergangenen Jahres kommt darin zum Ausdruck, dass der gesamte Darlehensbestand der Gesellschaft nur um 17 gegen 229 Millionen Mark im Vorjahr zugenommen hat, während der Ump lauf an Schuldverschreibungen sogar um 20 Millionen Mark gesunken ist gegene über einer Steigerung von 290 Millionen Mark im Vorjahr. Der Gesamtbestand an Hypotheken betrug Ende 1931 = 2 639 gegen 2 658 Millionen und der Bestand an Kommunaldarlehen 650 gegen 614 Millionen Mark, die Gesamtsumme der Darlehen also 3 289 gegen 3 272 Millionen Mark. Der Umlauf an Pfandbriefen betrug zum Schluss des Berichtsjahres 2 557 gegen 2 505 und der Umlauf an kommunalen Schuldverschreibungen 598 gegen 580 Millionen Mark.

Zur Erläuterung des Geschäftsberichtes erklärt die Verwaltung, dass der? Umfang der Risiken bei Hypothekenbanken häufig überschätzt werde. Die Gesell= schaft, die das städtische, ländliche und kommunale Darlehensgeschäft betreibt, habe eine sehr starke Mischung der Risiken. Das normale mittlere Beleihungs geschäft in der Stadt sei auch jetzt noch durchaus gesund. Zur Osthilfeaktion erklärt die Verwaltung, dass sich im Endeffekt für die grosse Masse der be=liehenen Objekte eine Besserung der Wirtschaftslage ergeben werde. Die Gläu- 3 biger der ersten Hypothek brauchten Kapitalverluste nicht zu fürchten. Die Kommunen bemühten sich, trotz ihrer schweren Etatslage, redlich, ihre Verpflich= tungen zu erfüllen.

Zu dem Zusammenbruch des Kreugerkonzerns wurde Weiter mitgeteilt,dass, 3 abgesehen von der Beleihung zweier Grundstücke des Konzerns, keine Geschäfts= beziehungen zu Kreuger bestünden. Dieser Konzern besitzt 25 Prozent des Kapitals der Zentral=Bodenkreditbank, die zur Gemeinschaftsgruppe gehört. Die Risi= ken bei dem gleichfalls zusammengebrochenen Michaelkonzern betreffen 22 Be= leihungen in Höhe von 12,8 Millionen Mark; jedoch seien bei der Qualität der

beliehenen Grundstücke hieraus grössere Verluste nicht zu erwarten.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und der Reichsverband Deutscher Konsumvereine haben bei der Reichsregierung einen gemeinsamen Antrag gestellt, die den Konsumgenossenschaften zu Unrecht aufgebürdete Sonderumsatzsteuer in Höhe von 2 Prozent zur Linderung der Krisenschäden bei solchen Kon= sumgenossenschaften zu verwenden, an denen die Wirtschaftszerrüttung nicht spurlos vorübergegangen ist. Dass die Sonderumsatzsteuer ein Unfug und ein Kampf= mittel gegen die Verbraucherorganisationen ist, braucht nicht betont zu wer= den. Wenn das Reich die gegen Recht und Gerechtigkeit erhobene Sonderumsatz= steuer nun den Konsumvereinen zur Verfügung stellt, ist das eine Angelegenheit, die mit Subventionen nichts zu tun hat. Und doch wird der Schritt der Konsum= ; genossenschaften in der kapitalistischen, bei der mittelständlerischen Presse so dargestellt, als ob die Konsumvereine bei der Reichsregierung um Subventio=1

nen betteln gehen.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Gerade die Organisationen des Mittelstandes haben keine Veranlassung, über Subventionen zu schreien. Alle Welt weiss, dass das Reich bei Dutzenden und Aberdutzenden von Mittelstands= unternehmungen, allein bei 100 Mittelstandsbanken, mit Subventionen hat ein= greifen müssen, um den Zusammenbruch zu verhindern. Hier sind regelrechte Sub= ventionen gezahlt worden. Als im Sommer 1931 die grosse krise über die deut= schen Banken kam, lagen doch die Dinge so,dass tausende von mittelständleri= schen Genossenschaften bezw. mittelständlerischen Genossenschaftsbanken von der Erschütterung unmittelbar betroffen waren und nicht zu retten gewesen wä= ren, wenn nicht die Reichsregierung eingegriffen hätte. Wir halten es für not= wendig, an diese Tatsache zu erinnern. Wenn man aber die Sache in der Geffent= lichkeit so darstellt, als wenn das oben erwähnte Ersuchen der Konsumgenossen= schaften an die Reichsregierung ein "Schlag ins Gesicht des Mittelstandes" sei, dann gibt es dafür nur einen Grund: man will für die bevorstehenden Wahle in Preussen, Bayern usw. Wahlstimmung machen.

Zu der wenig sauberen Kampfesweise des Mittelstandes gibt der Zentralver=

band Deutscher Konsumvereine folgende Darstellung:

"Im allgemeinen lehnen die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes grundsätzlich jegliche Staatshilfe ab. In dem vorliegenden Fall handelt es sich auch nicht um eine der üblichen staatlichen Stützungen gefährdeter oder sanierungsreifer Wirtschaftsbetriebe, sondern um die Wiedergutmachung eines Un= rechts, das den steuerlich schon übermässig belasteten Konsumgenossenschaften durch die Aufbürdung der erhöhten Umsatzsteuer widerfahren ist. Nicht nur dem Mittelstand, sondern auch den Erwerbs= und Wirtschaftsgenossenschaften - zu de= nen die Konsumgenossenschaften zu rechnen sind - steht ein verfassungsmässiger Schutz zu. Die Konsumgenossenschaften haben die ihnen nach ihrer Anschauung zu Unrecht aufgebürdete Sonderumsatzsteuer in Höhe von etwa 10 bis 12 Millionen Reichsmark vom Reich zurückgefordert, damit sie die Gefahren bannen können, die in einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches durch den Zusammenbruch der Grossbanken im letzten Sommer auch für die Konsumgenossenschaften heraufbe= schworen worden sind. Für die Sünden der kapitalistischen Wirtschaft lassen sich die Konsumgenossenschaften nicht verantwortlich machen. Wenn in allen Tei len der Privatwirtschaft die gleiche Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit herrsch te, die in den Konsumgenossenschaften die Grundlage allen Schaffens bilden; stände es heute um die deutsche Wirtschaft und um das deutsche Volk besser. Dann würden auch das Wirken der Konsumgenossenschaften und die Wirtschaftlich= keit ihrer Betriebe bei weitem nicht in dem jetzigen Masse beeinträchtigt seir Nach der Anschauung der Konsumgenossenschaften würde es nicht verstanden werden wenn die Reichsregierung die Konsumgenossenschaften mit einem anderen Mass messen wollte als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Landwirte Gegen ein derartiges Gebaren müssten jedenfalls tausende Konsumgenossenschaf= ten des Zentralverbandes mit ihren drei Millionen Haushaltungen den schärfster Protest erheben. Die Konsumgenossenschaften wurden ohne jede fremde Hilfe und ohne eine öffentliche und behördliche Förderung errichtet. Sie sind wirtschaft liche Unternehmungen der minderbemittelten deutschen Volksschichten, die heute am meisten unter der von ihnen nicht verschuldeten wirtschaftlichen Verelendur zu leiden haben. Diese Selbsthilfebetriebe der vermögenslosen Verbraucher er= füllten dem Staat gegenüber stets ihre Pflicht. Sie nahmen bisher nie etwas vom Staat, auch dann nicht, wenn alle übrigen Wirtschaftsgruppen die Hand zur Erlangung staatlicher Almosen ausstreckten. Mit umso grösserer Berechtigung dürfen sie jetzt die Rückerstattung der ihnen in einem zu grossen Umfang abgeforderten Steuerbeträge beanspruchen. Die Reichsregierung wird für die Nichterfüllung dieses Ansinnens eine triftige Begründung nicht geben können. Darum muss erwartet werden, dass sie ihren sooft bekundeten Drang zur Wieder gutmachung" auch gegenüber den Konsumgenossenschaften beweisen wird."

SPD. Seit Monaten hat die <u>Sozialdemokratie</u> immer wieder und wieder auf die Notwendigkeit einer <u>Verbilligung des Futtergetreides</u> hingewiesen, um die Lage der Bauern zu erleichtern. Ständig hat sie von der Regierung geforedert, dass <u>Mais und Gerste verbilligt</u> werden, um die Produktionskosten für die Veredelungswirtschaft zu senken, die jetzt bei den niedrigen Erzeugerpreisen für Fleisch, Molkereiprodukte und Eier nicht auf ihre Rechnung kommt.

Den energischen Forderungen der Sozialdemokratie konnte sich die Regie= rung nicht entziehen. Der Maispreis wurde im Dezember von 190 Mark auf 150 Mark gesenkt. Diese Senkung der Maispreise genügte aber nicht. Die Sozialde= mokratie verlangte daher im Interesse der Geflügelhalter eine Erweiterung der Verbilligungsaktion für Hühnermais, um auf diese Weise dem katastrophalen Rückgang der Hühnerbestände entgegen zu wirken. Jetzt endlich hat sich die Reichsregierung entschlossen, wenn auch nicht den Mais zu verbilligen, so doch Weizen als Hühnerfutter zollfrei hereinzulassen. Im Laufe dieser Woche ist mit einer Notverordnung zu rechnen, durch welche die Deutsche Getreidehandels= gesellschaft angewiesen wird, Weizen einzuführen; ihn zu eosinieren und an die Genossenschaften und an den Handel weiterzugeben. Die Zuteilung an die Hühner= halter erfolgt auf Bezugschein, der von den Verwaltungsbehörden ausgestellt wird. Voraussichtlich wird einmal eine Menge von 5 Pfund Weizen je Huhn abge= . geben, zu einem Verkaufspreis von etwa 6,50 Mark je Zentner frei Hof des Hühnerhalters. Nach dem Ergebnis der letzten Geflügelzählung, die einen Bestand von etwa 70 Millionen Hühnern auswies, werden also 200 ooo to Weizen zollfrei eingeführt werden können.

Diesen Entschluss der Reichsregierung, wenn er auch reichlich spät kommt, begrüssen wir. Uns erscheint jedoch die pro Huhn zur Verfügung gestellte Men= ge Weizen zu gering. Es wird notwendig sein, noch einmal vor der neuen Ernte die Aktion zu wiederholen. Ausserdem bleibt die sozialdemokratische Forderung nach Verbilligung des Schweinefutters unerfüllt. Mais kostet immer noch im Einfuhrhafen 150 Mark die Tonne d.h. frei Hof des Schweinehalters 8,50 Mark je Zentner im Durchschnitt. Das ist bei den jetzigen Schweinepreisen ein unhalbarer Zustand. Der Maispreis muss frei Hof, wenn der Hühnerweizen 6,50 Mark kostet, auf mindestens 6 Mark gesenkt werden. Auch ist es angesichts der abenehmenden Schweinebestände unbedingt notwendig, dass der Maispreis sofort er= mässigt wird. Der Beschluss des Beirats der Maismonopolverwaltung, bis Anfang

Mai den Maispreis unverändert zu lassen, muss revidiert werden.

Die Bauern und die sonstigen Geflügelhalter sollten angesichts der jetzigen Ermassigung des Hühnerfutterpreises aber daran denken, dass allein die Sbezialdemokratie es war, die sich für eine Verbilligung des Futtergetreides und damit für eine Erleichterung der Lage der Veredelungswirtschaft einsetzt und dass sie, im Gegensatz zu den Nazis und anderen reaktionären Parteien, die nur das Maul aufreissen, tatkräftig für das Wohlergehen der ländlichen Bevöle

kerung arbeitet.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen frei Berlin je Liter für die Zeit vom 8.bis 14.April: für A=Milch 15,75, für tiefgekühlte A=Milch 16,25, für B=Milch 9, für tiefgekühlte B=Milch 9,50, für molkereimässig bearbeitete Milch 17,50 Rpf. Die A=Milchmenge ist auf 74 Prozent des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Ruhige Stimmung.

(Berliner Getreidebörse vom 7. April)

SPD.An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag im allgemeinen ruhige Stimmung.Reichlich angeboten war Weizen aus neuer Ernte, ohne jedoch auf grösseres Interesse zu stossen. Das kam auch darin zum Ausdruck, dass am Markte der Zeitgeschäfte die Notierungen für Septemberlieferung um eine Mark zurückgingen, während die vorderen Sichten um eine halbe Mark anziehen konneten. Im Roggenhandel hatte sich nichts geändert. Kahnverladene Inlandsware stand reichlich zur Verfügung, ohne grösseres Interesse zu finden. Lediglich einzelne Waggons konnten verkauft werden. Die Preise für Lokoroggen blieben unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte leichte Abschwächungen ergaben. Der Mehlmarkt war sehr ruhig. Lediglich für den laufenden Bedarf wure de das Allernotwendigste bei unveränderten Forderungen der Mühlen gekauft. Für Hafer weren die Forderungen zum Teil erhöht, jedoch war es schwer, die er= höhten Forderungen durchzusetzen.

		ნ	April	Y.April
		(8	b märkische	Station in Mark)
Weizen	Industriegerste	25	8 = 260	259 - 261
Roggen		19	9 = 201	199 = 201
Braugerste		18	4 - 192	184 - 192
Futter- und		17	1 - 183	171 - 183
Hafer		₹.	2 - 167	163 - 168
Weizenmehl		3	1,50-35,00	31,50-35,00
Roggenmehl			6.50 = 27.90	26,50-27,90
Weizenkleie			1,20=11,40	11,25-11,50
Roggenkleie			0.40 - 10.70	10,40-10,70
TORROTTE				A 17 A 17 1 / 17

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 271-2712 (Vortag 2702) Juli 2762-277 (2752). September 229 und Geld (230). Roggen Mai 198 und Brief (1982), Juli 2002-2002 (201), September 1882 und Brief (1892), Hafer Mai 177-1762 (177), Juli 1822 und Brief (1872).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 7. April: A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 6,75, über 60 gr 6, über 57 gr 5,50, über 48 gr 5, aussortierte, kleine- und Schmutzeier 4,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 6,75, 17er 6,25, 15½-16er 5,75, leichtere 5,25, Holländer 68 gr 7,60 bis 62 gr 6,57 bis 58 gr 5,75, leichtere 5,25 bis 5,60, Rumänen 4,75 = 5,50, Ungarn und Jugo slawen 5,25 - 5,50, Russen normale 4,75. kleine- Mittel und Schmutzeier 4,25 bis 4,50. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Lasdungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: freundlicher.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD.Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei mär=kischer Station: Weisse 1,70 bis 1,90, rote 1,90 bis 2,10, Odenwälder Blaue 2,20 bis 2,40, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,60 bis 2,80. Fabrik=kartoffeln je Stärkeprozent 9 bis 9,75 Pfg.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S+P+D

Mr. 27 ..

Berlin, ben 7. April 1 . ?

Berufsarbeit und Mutterschaft.X

SPD. Vor kurzem hat die Internationale Genossenschaftliche Frauengi. sich in einem Fragebogen an Frauen und Mütter gewendet, um ihre Stellung zu. Frage der Berufstätigkeit der Frau und zu öffentlichen Einrichtungen zu erfah= ren. Die österreichische Frauenorganisation in Wien hat diesen Fragebogen über all in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und ausserdem noch durch ih= re Funktionäre an 2000 Frauen verteilen lassen. Man durfte also dem Ergebnis mit Spannung entgegensehen denn gerade die Fragen, um die es sich hier han= delt, sind von grösster Bedeutung für die unmittelbare Gegenwart und für die Ausgestaltung des sozialistischen Programms gemäss den chaotischen Zusammenballungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Das inzwischen eingelaufene Material vermittelt tiefe, erschütternde Einblicke in Frauenschicksa= le und gibt ein klares Bild der Wirklichkeit, mit der Mütter und Hausfrauen der Gegenwart zu ringen haben. Immer wieder sind es Not, Arbeitslosigkeit des Mannes oder seine schlechte Entlohnung, unzureichende Wohnungen, häufig aufein= ander folgende Schwangerschaften, Unterernährung, schlechte Pflege, schwerste Ar= beit bis zum Tage der Niederkunft, die diesen Frauen ihren Stempel aufdrücken, und in allen Fällen ist die Einstellung der Frauen und Mütter zur Berufsar= beit der Frau und zu den öffentlichen Einrichtungen abhängig vom Grade dieser Not ...

Die meisten Frauen erklären, dass sie ihren Beruf bei der Eheschliessung aufgaben, teils weil sie dazu gezwungen wurden, teils weil sie den Wunsch hatten den Haushalt zu versorgen und bei den Kindern zu bleiben. Die Hälfte aller Frauen, die im Beruf blieben, schildern die viel zu geringe Entlohnung des Manenes, die es ihnen ganz unmöglich machte, auf ihr eigenes, wenn auch noch so bescheidenes Einkommen zu verzichten. Durch sämtliche Briefe aber zieht die bitt re Klage, dass Frauenarbeit heute in überwiegendem Masse gering bezahlte, meist ungelernte Arbeit ist. Diese Arbeit kann natürlich die Frauen nicht befriedigen, und sie sind deshalb glücklich, einen solchen "Beruf" aufgeben zu können. Sehr bezeichnend ist es, dass Schneiderinnen, die selbständig arbeiten, oder Miedermacherinnen, die eigene Ideen verwenden dürfen, mit grosser Liebe von ihrer Arbeit sprechen, während die Hilfsarbeiterinnen, die Hemdknöpfe annähen oder Knopflöcher anfertigen müssen, oder, um ein anderes Gebiet zu streifen, die Seisfenpresserinnen, die unaufhörlich die gleiche, stumpfsinnige Arbeit verrichten müssen, unter ihrem Berufe leiden.

Alle Frauen bekunden ein äusserst reges Interesse an den öffentlichen Einrichtungen: Kindergärten, Kinderheimen, Wäschereien, Plättereien und öffentlichen Speisehäusern. 150 Frauen sprechen den öffentlichen Kindergärten und Kinderheimen ihr höchstes Lob aus und schreiben, sie selbst könnten die Kinder nicht besser erziehen und verpflegen, als es in den öffentlichen Heimen geschehe. Dieses Bekenntnis ist umso erfreulicher, weil es sich hier um die Ergebnisse sozialistischer Arbeit im roten Wien handelt, wo die Sozialdemokratie unter grossen Opfern an Geld und Arbeitskraft Vorbildliches geleistet hat. Die Dankbarkeit und Anerkennung dieser Frauen und Mütter mag zeigen, dass die Sozialdemokratie auf dem rechten Wege ist. Auch aus kleinen Orten und Gemeinmeden, die sozialdemokratisch verwaltet sind, trafen viele Briefe ein, die in gleicher Weise frohe Zustimmung für die auch dort geschaffenen Einrichtungen

aussprachen. Begeistertes Lob haben auch die elektrischen Waschküchen der Gemeinde Wien geerntet, die endlich den Waschzuber, das Waschbrett und die Küche als Waschanstalt überflüssig machen und den Frauen die Möglichkeit geben, in

wenigen Stunden ihre gesamte Wäsche zu waschen und zu plätten.

Tief ergreifend aber sind die Antworten, die auf die Frage nach den Ur= sachen der Müttersterblichkeit einliefeh. Nicht nur aus Oesterreich, sondern auch aus Deutschland sind ungezählte Berichte von Frauen eingetroffen, die Weit über den engen Rahmen eines Fragebogens hinausgehen und ihrem Inhalt nach nur erklärbar sind als Notschreie und als inständige Bitten um Hilfe.Die Mehrzahl dieser Mütter haben sechs, acht und zehn Kinder, und gerade das ist so be= zeichnend und widerlegt jede reaktionäre Auslegung des kampfes um die Gebur= tenregelung. Diese kinderreichen Mütter bitten wahrhaftig nicht aus "Bequem= lichkeit*, sondern aus bitterer Not um eine Verbesserung ihrer Lage. Sämtli= che Frauen berichten, wie ihnen jede Schonzeit mangelt, wie sie bis zur letz= ten Minute schwerste Arbeit verrichten, ja, wie sie noch kurz vor der Geburt alles für Mann und Kinder bereitstellen mussten und sich mühsam, als sie fühl= ten, dass die Geburt bereits eintreten werde, auf ihr Bett retten konnten. Eine Frau bittet, man solle ihr helfen, ihr viertes Kind zu verschenken, denn sie sei ausserstande, es zu ernähren. Sie wohne in einer elenden Dachkammer und habe dort auch entbunden. Für den Vater und die schon vorhandenen drei Kinder seien nur zwei Betten da, und sie wisse sich keinen Rat mehr. Viele Frauen schreiben, dass sie ihre Kinder ohne jede fremde Hilfe zur Welt bringen mussten Eine Mutter erzählt, wie sie mit ihrem grösseren Kinde zu Bett lag und es müh= sam mit dem Arm aufhalten musste, damit es ihr nicht immer wieder zu nahe kam, bis endlich Hilfe eintraf und man das zweite, ältere Kind, das jedoch noch nicht selbst aufstehen konnte, aus ihrem Bett entfernte.

Keine Statistik, kein Archiv und kein nüchternes Zahlenmaterial kann die Not, die körperliche und seelische Qual dieser Frauen, die eng verbunden ist mit schwerster materieller Einschränkung, aussprechen. Das können andeutungs= weise nur lebendige, persönliche Briefe, wie sie hier vorliegen. Und darin be= ruht vielleicht der Hauptwert dieser Erhebung und dieses Fragebogens, dass sie ungezählte Frauen und Mütter, die niemanden hatten, dem sie ihr Unglück mittei= len konnten, zum Sprechen veranlasst und damit eine feste Grundlage geschaf= fen haben, auf der über kurz oder lang Abhilfe geschaffen werden muss und auch kann. Zugleich zeigt diese Erhebung, wie unumgänglich notwendig soziali= stische Arbeit gerade auf dem Gebiete des Mutterschutzes ist. Keine Wirtschaft krise, keine Geldknappheit kann bei einem Kulturvolk den Stillstand oder gar den Rückgang der Bewegung des Mutterschutzes, der Hilfeleistung im harten Le= ben des Alltags entschuldigen. Möge diese Erhebung der Internationalen Genos= senschaftlichen Frauengilde dazu beitragen, das "Heiligtum der Mutterschaft"

endlich auch in der harten Praxis anzuerkennen!

Elke.

Fröbel = Gedächtnisfeier.X

SPD. Die Anfang April in Blankenburg i. Thür. aus Anlass des am 21. April bevorstehenden 150. Geburtstages des grossen Pädagogen Friedrich Fröbel veransstaltete Gedächtnisfeier hatte zahlreiche Fröbel-Anhänger angelockt. Das Thüringische Ministerium des Innern, die Stadt Blankenburg und das Blankenburger Friedrich Fröbel-Haus hatten sich vereinigt, um das Gedenkfest würdig zu gestalten. In Blankenburg hat Fröbel einst den ersten Kindergarten begründet, und sein Gedächtnis lebt dort noch heute in der Bevölkerung. Das wurde deutslich erkennbar an der in der neuen Stadthalle aufgebauten Festausstellung mit

ihren alten Zimmern aus der Zeit von Fröbels Wirken und ihren vielen Erinnerungsstücken, Handschriften und Bildern, ferner an einem Kinderfest mit Vorführung Fröbel'scher Bewegungsspiele, einem Heimatspiel, einer von Kindern
aufgeführten Darstellung von Fröbels Leben, einem Festkonzert und einer gemeinsamen Fahrt der Festteilnehmer in Fröbels nahe gelegenen Geburtsort

Oberweissbach. Neben diesen festlichen Veranstaltungen sollte die Gedächtnisfeier aber auch ernster Arbeit im Dienste Fröbels gelten. Vorträge, die der Vertiefung in seine Lehre und in die von ihm ausgehende geistige Idee galten, wurden von bekannten Fröbelforschern gehalten. Besonders Dr. Fritz Halfter (Berlin), der vor noch nicht langer Zeit eine Aufsehen erregende Biographie Fröbels hat er= scheinen lassen, brachte den Hörern eine Fülle neuer Gesichtspunkte nahe. Im Vordergrunde stand die Tatsache, dass Fröbels ganzes Leben und die Entwicklung seiner pädagogischen Lehre in seinen eigenen Kindheitserinnerungen wur= zelten. Das ist eine Bestätigung moderner psychologischer Erkenntnis, die den Nachwirkungen von Kindheitseindrücken einen so grossen Finfluss zumisst. Die Ueberzeugung Fröbels, dass nur eine durchgreifende Erziehung alles aufheben könne, was auf den Menschen laste, bringt diesen Pädagogen in den Mittelpunkt heutiger Problemstellungen. So waren es aktuelle pädagogische und psycholo= gische Fragen, die auf der Fröbel=Tagung erörtert worden. Besonders muss es auffallen wie sehr Fröbels seelenkundliche Einsichten sich mit den Erkennt= nissen moderner psychologischer Schulen decken. Wir wollen hier nur einige dieser Uebereinstimmungen herausheben. Die Kräfte des Kindes drängen zur Ent= wicklung von innen her; der Trieb zur Entfaltung im Kinde ist wesentlicher als das was an das Kind herangebracht wird. Jede Entwicklungsstufe ist gleich wichtig, jede Stufe ist Glied eines Ganzen. Fast wie aus einem unsrer neue= sten Erziehungsbücher mutet der Satz an, dass der Unterschied zwischen dem (Fröbel vorschwebenden) reinen Kind und dem realen Kind oft nur durch die Schuld der Erzieher hervorgerufen würde. Die Fehler eines Menschen seien meist zerdrückte gute Eigenschaften. Als Quellen vieler Knabenfehler sieht Fröbel gestörte Gemeinschaftsgefühle an. Auch die Art, wie Fröbel die Erzie= hung als "leidend, nachgehend", im Sinne von sorgend, vorausblickend, nicht aber vorschreibend auffasst, erscheint in Uebereinstimmung mit modernen For= derungen. Fröbel bricht mit der früher allgemeinen Anschauung, die Jugend sol= le nur Abbild der früheren Generation werden. Jedes Individium hat nach ihm Träger der Zukunft zu sein.

Im Gegensatze zu einer heute viel vertretenen Ansicht über das Verhal= ten des Erziehers, stellte <u>Dr. Peter Petersen</u> (<u>Jena</u>) die pädagogische Situa= tion im Sinne Fröbels als ein "Bildungsgefälle" dar. Der Lehrer und Erzieher müsse sich in die Situation des Kindes einordnen; die zwischenmenschliche Be= ziehung dürfe nicht ausgeschaltet werden. Ohne dass dies ausgesprochen wurde, fühlte man hindurch, dass hie ein wesentliches Trennungsmoment zwischen der Fröbelschen Richtung und der Orientierung auf Grund der Montessori=Methode mit ihrer absoluten Ausschaltung des führenden Erziehers gegeben ist. Man hatte überhaupt auf dieser ganzen Tagung stark den Eindruck, dass es den Vortragenden auf eine Unterstreichung der Fröbelschen Richtung ankam. Es sollte bewiesen werden, wie viel Fröbel auch noch heute zu geben hat. Ein Sich=Rinset: zen für diesen Menschheitserzieher aus gefühlsbetonter, innerster Ueberzeugung bei den verschiedenen Rednern, ein allgemeines Mitgehen der Hörer muss als besondere Note dieser Tagung angesehen werden. Vor allem war man - mit Recht! - bemüht, zu beweisen, dass Fröbel mehr war als nur "der Kindergärtner", dass, bei aller Anerkennung für die von ihm ausgehende Kindergartenidee sein Schaf= fen ein weiteres umfassenderes gewesen ist als man gemeinhin annimmt. "Idee und Gehalt der Fröbelschen Botschaft können nicht veralten", und der Ausspruch, dass das Hauptwerk Fröbels, "Die Menschenerziehung", das "neue Testa= ment der Erziehung der Gegenwart und der nächsten Zukunft sei", sind charak=

teristisch für das Bekenntnis zu Fröbel, das die Redner ablegten. Sehr stark trat die Betonung des Deutschen als Kernpunkt des Fröbelschen Werkes hervor. Kennzeichnend dafür sind die Worte von Professor Volkelt (Leipzig): Fröbel sei bis heute der tiefschauendste Beobachter der Kindheit und dabei der lieb= reichste und der deutscheste. Starke Bejahung fand auch das religiöse Moment als Basis des erziehlichen Wirkens.

Leitgemässe Fragen berührte auch Dr. Martha Muchow (Hamburg), indem sie die Einstellung Fröbels zur Frau und seine Forderungen einer spezifisch weib= lichen Mütterbildung umriss, die gerade für unsre Notzeit bedeutungsvoll ist. Interessant und im Hinblick auf die moderne Forderung der Einfühlung des Er= ziehers in das Kind nicht unwesentlich ist die nach Fröbel den Frauen eigne "Deutungsfähigkeit". Sie lässt die Frauen und besonders die Mütter bei ihren Kindern nichts in der Vereinzelung sehen, sondern alles Geschehen in seiner Lebensbeziehung betrachten. Die hohe Achtung Fröbels vor dem Muttertum und vor den Aufgaben der Frau im volkserzieherischen Sinne wurde immer wieder in den Vorträgen betont. Wenn dem objektiven Hörer dabei manchmal ein etwas zu grosser Optimismus störend auffiel, so wurde dieser Zweifel durch einen Bericht von Elisabeth Leutheuser (Blankenburg) aus ihrer sozialpädagogischen Arbeit zum Teil wieder behoben. Denn hier erfuhren wir soviel Tatsächliches von weittragender Einwirkung dass man zum Glauben an eine Hilfe durch schaffende Pädagoginnen gelangen konnte. Fräulein Leutheuser wies überzeugend nach, dass der Kindergarten gerade in unsrer Situation geeignet sei, als Helfer weiteren Volkskreisen zu nützen. In starker Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder= gartenkinder und dadurch auch an <u>ihnen</u> arbeitend, wird der Kindergarten Ausgangspunkt starker sozialpädagogischer Werte. Ein Abbau der Kindergarten und allzu starke Einschränkungsmassnahmen bedeuten deshalb eine Gefahr für die Volksgesamtheit, denn man darf keinesfalls den Kindergarten als Einzeler= scheinung bewerten, sondern muss ihn im Zusammenhange mit den Gemeinden und dem Staate betrachten.

Ein Aktenstück - ein Schicksal.X

SPD. Ein Mann ist arbeitslos. Er bekommt Unterstützung. Eine Frau ist krank. Sie wird geheilt, zur Erholung verschickt. Ein Kind hat kein Bett. Es bekommt eins von der Fürsorge. Millionen solcher Fälle gibt es. Wie aber ist der Weg? Wie wird die Entscheidung getroffen? Welcher Aufwand von Arbeit wird neben dem Geld für die Bedürftigen geleistet? Wie sehen diese Akten aus, die sich mehr und mehr zu Millionen aufeinandertürmen?

Mehr oder weniger gleichen sie sich alle. Ein praktischer Fall soll zei= gen, wie das gemacht, wie geholfen und geprüft wird. Es ist ein Fall aus Ber-lin. Das "Archiv für Wohlfahrtspflege" hat ihn als Musterbeispiel herausgesucht, Namen und Aktenzeichen entfernt und führt ihn als "Lehrakt Nummer Eins." Es ist ein umfangreiches Aktenstück geworden. Blättern wir einmal darin, um zu sehen, wie so etwas aussieht, wie so etwas gemacht wird!

So fängt es an:

Akt Nummer 1.

Beginn der Behandlung: Juni 1928.

Familienmitglieder: Vater Eduard, geb. 2.II. 1896 in Velten bei Berlin. Mutter: Grete, geb. 29.XII. 1896 in Beska/Jugoslavien,

- Kinder: 1. Walter, geb. 11. VII. 1918 in Beska.
 - 2. Eduard, geb. 19.IX.1920 in Berlin
 - 3. Wolfgang, geb. 17. XII. 1921 in Berlin,
 - 4. Grete geb.2.V.25 in Beska, 5. Frna | meh 17 TT 1928 in Beska.

Die Frau erscheint in einer freien Fürsorgestelle, überwiesen von der Lun= genfürsorgestelle der Landesversicherungsanstalt, schildert ihre Notlage und bittet um Hilfe. Sie macht einen körperlich elenden Eindruck, ist dürftig, aber sorgfältig gekleidet. Nach den Angaben der Frau, den Mitteilungen ihrer Schwie= germutter, der Hauswirtin, des Arbeitgebers, des Wohlfahrtskommissionsvorstehers der Lungenfürsorgestelle der Landesversicherungsanstalt und des Wohlfahrtsarz= tes wird in den Akten ein genaues Bild des Lebenslaufes der Eltern des Ehepaa= res, des Ehepaares selbst, ihrer Kinder, des Gesundheitszustandes des Mannes, der Frau und der Kinder gegeben. Es folgen ausführliche Untersuchungen über die Persönlichkeit des Mannes, der Frau, der Kinder, ihre Charaktereigenschaften, Begabungen, geistige Finstellung, über die dürftige soziale Lage, die Wohnver= hältnisse, die mangelhafte Kleidung, das Fehlen warmer Sachen, Wäsche und Stiefel Der Mann "... ist arbeitslos erhält keine Erwerbslosenunterstützung da er erst vor fünf Tagen aus dem Ausland zugezogen ist. Er bezieht Sonderunterstützung vom Wohlfahrtsamt in Höhe von ca. 100 Mark monatlich und Essenmarken. Auf dem Wohnungsamt zur beschleunigten Abfertigung eingetragen. Die beiden jüngsten Kinder in einer Säuglingsklinik."

Dann folgt die "Diagnostische Zusammenfassung": Es handelt sich um eine kinderreiche Arbeiterfamilie mit 6 Kindern, die, aus Jugoslavien kommend, wo der Mann als Deutscher seine Arbeit verlor, bei den Eltern des Mannes in den dürf=tigsten Verhältnissen lebt und ohne jedes Arbeitseinkommen ist. Daran schliesst sich eine Bilanz: die Beurteilung der Vorteile und Nachteile. Als Vorteile wer den angegeben: Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille des Mannes, gute Familienbe=ziehungen, Familiensinn, Intelligenz der Frau, Häuslichkeit, günstige Geistes=und Charakteranlagen der Kinder. Als Nachteile sind vermerkt: Unbeständigkeit im Charakter des Mannes, die schwächliche Gesundheit aller Familienmitglieder, Krankheit der Frau (Tbc.), unzulängliche Wohungsverhältnisse, Mangel an Hausrat und Kleidung, Entwurzelung der Familie in der Heimat. Nach allem diesen wird ein "Hilfsplan" aufgestellt:

Hilfsplan:

Ziel: Ausgestaltung der Häuslichkeit als Basis des Familienlebens und Entwicklung und Stärkung der vorhandenen Kräfte.

1. Besserung der Wohnungsverhältnisse.

2. Beschaffung von Hausrat, Wäsche und Kleidung.

3. Besserung der Arbeitsverhältnisse des Mannes.

4. Besserung der Gesundheit der Frau durch Pflegemittel, ärztliche Behand= lung und Verschickung.

5. Pflegemittel für die Kinder, Genesungsfürsorge für die Zwillinge. Und noch allerhand solcher Programmpunkte, die die physische und psychisch

Wiederaufrichtung dieser Menschen zum Ziele haben.

Dann folgen, mit den Daten versehen, die einzelnen "Behandlungen des Falles Ueber sechzig Eintragungen sind es auf vielen Seiten. Jeder Besuch der Frau oder des Mannes auf der Fürsorge wird gebucht, jeder Hausbesuch der Fürsorgeri Lebensmittel werden gegeben, Geld, Bettstellen werden beschafft, der Mann be= kommt eine Stellung, eine Wohnung wird verschafft, hergerichtet. Der Mann wird einer alten Sache wegen verhaftet. Gefangenenfürsorge, Soziale Gerichtshilfe werden in Bewegung gesetzt. Die Kinder werden verschickt. Die Frau wird krank, wird geheilt verschickt. Eine Fürsorgerin betreut den Haushalt Ein arbeitslose Verwandter zieht zu, macht einen Selbstmordversuch, bekommt eine Aushilfestel= lung. Aber es reicht nicht vorn und nicht hinten. Ueberall muss eingesprungen werden. Das Gas wird abgestellt. Mit dem Hausherrn verhandelt die Fürsorge wegen der drohenden Wohnungsräumung, springt mit einem Teilbetrag der Miete ein. Der Mann verdient fünfzig Mark die Woche, aber das langt nicht für acht Men= schen. Wieder Verschickungen einzelner Kinder, der Frau wegen Krankheit. Das Körpergewicht vor und nach der Kur wird verbucht. Manchmal Woche für Woche ein neues Aktenblatt, manchmal nur eins im Monat. Wieder wird der Mann ar= beitslos, erhält Unterstützung. Weihnachtspakete werden überwiesen. Mal gibt

es einen Liter Milch täglich, ein halbes Pfund Butter die Woche. Die Not entzweit die Fhegatten. Die Frau klagt der Fürsorge ihr Leid. Der Mann wird bestellt. Auch das wird wieder eingerenkt. Schliesslich winkt ein Siedlungsgrund stück.

Dann folgt nochmals eine "Diagnostische Zusammenfassung", ein Bericht über das, was erreicht wurde, was noch zu erreichen ist. Und zum Schluss eine Kosten= aufstellung: Was öffentliche Wohlfahrtspflege, Sozialversicherung und freie Wohlfahrtspflege in bar oder sonst "geleistet" haben. Es ist eine stattliche Summe: Zehntausendundvierzehn Mark. Aber diese Summe erstreckt sich auf über drei Jahre für acht Menschen. Multiplizieren wir das mit mehreren Millionen andrer solcher Fälle, dann sieht man nicht nur, was es kostet, die bitterste Not in unserm Vaterland einigermassen zu mildern, sondern auch, welche Arbeit dazu Tag für Tag geleistet werden muss.

Mario Mohr.

Sein Bild.X

SPD. Es sind acht Jahre vergangen, seitdem ich ihn kennen lernte, und fünf seitdem sein Bild in meiner Seele allmählich zu dunkeln begann, ähnlich wie alte Gemälde berühmter Meister von der Zeit mit einem Hauche vertieften Glanzes

beschattet werden.

An einem Herbstabend lernte ich ihn kennen. Eigentlich ist es zu viel gesagt: lernte ich ihn kennen; denn seinen Namen habe ich erst heute erfahren. Aber das Wesen eines Menschen liegt ja nicht im Namen. In einem Blumengeschäft war es. Er kaufte Nelken, ich Rosen. Ich hatte einen grösseren Geldschein, den die Verkäuferin nicht wechseln konnte. Da tat er es. Wir kamen in ein Gespräch und gingen eine Strecke Weges miteinander durch den stillen Abend. Wir schriteten über buntes Herbstlaub wie über einen weichen, federnden Teppich. Er sprach in Bildern und nannte die herabfallenden Blätter erfüllte Sonnenträume und hoch oben die blinkenden Gestirne Brüder. Ich fand Gefallen an seiner Untershaltung und hatte nichts gegen ein Wiedersehen in der nächsten Woche.

Von seinem Namen hatte ich nur den Vornamen verstanden, während der Zusname von einem vorüberfahrenden laut hupenden Auto übertönt wurde. Fragen mochte ich nicht, und deshalb ist er für mich bis auf den heutigen Tag Ans

dreas geblieben.

Die rieselnde Pracht braungoldner Blätter zauberte in unsern Seelen ein Leuchten hervor, das aus unsern Augen warm und herzlich strahlte wie der mile de Glanz der Herbstsonne aus dem sanften Blau einer unbestimmten Raumesferne. Wir wurden Freunde. Unsre Lippen plauderten, was unsre Seelen dachten, was das Leben uns gelehrt, in uns zerstört oder geheiligt hatte.

Weihnachten nate. Schon wanderten die Tannenbäume von den schneestellen Bergen in die lauten Strassen der Städte. In uns erwachte die Sehnsucht nach dem flockigen Kristall der Höhen. Wir sahen uns schon über Hänge wandern und in erdachte Fernen blicken, die sich in klarer Schönheit wie unwirklich vor unsern innern Augen dehnten. Auch vom Tode sprachen wir, vom einsamen Tode im

glitzernden, weichen Daunenbette des Winters.

Ich musste wegen eines Trauerfalls in meiner Familie die Weihnachtstage in der Grosstadt verleben. Deshalb blieb auch Andreas hier. Zwar bestritt er das Bleiben um meinetwillen und schützte Sparsamkeitsrücksichten vor. Ich verstand die Grösse des Opfers, das er mir brachte. Ich spürte aber auch das Aufsttern seiner Seele, wenn die Schneeflocken niedertänzelten und die Kiefern, unter denen wir schritten, mit ihren Wipfeln die schwebenden Sternchen auffüngen. Ich hörte den stummen Aufschrei seiner Sehnsucht nach dem winterkühlen

Schweigen der weissen Welt und fühlte das Wandern seiner innersten Gedanken nach den Bergen, auf denen seine Kameraden im Balsam der Lüfte und im Glanze zauberhafter Winterschönheit dem Skilauf oblagen. Und ich wurde noch tiefer die Seine. Jede Faser in mir, jedes Vibrieren meiner Nerven, jede Regung mei=

nes leisesten Empfindens gehörten ihm. - - -

Die Glocken der Weihnacht durchzitterten die Lüfte. Da geschah das Furcht bare. Ich erhielt einen Brief von Andreas, in dem er mir seine Absicht, am Heili gen Abend aus dem Leben zu scheiden, mitteilte. Zwar war schon immer eine tie= fe Schwermut seine Kameradin gewesen, und stets hatte eine bange Unruhe in sei nem Blick nach Antwort auf die Frage gerufen: Ob überhaupt das karge Leuchten weniger Erdenjahre zur Gestaltung eines verklärten Lebens ausreiche! Dass abei die Schwermut düster wie schwarzer Samt seine Seele umhüllte und sein Ver= trauen zu sich selber zart und zerbrechlich war wie Schneeflockenkristall,das hatte ich nicht geahnt; denn alle lebenverneinenden, ichzerspaltenden Seiten seines Wesens hatte er vor mir verborgen gehalten. Nicht in vertrauensarmer, böser Absicht! Wie eine Morgenröte sich leuchtend und klingend zum Glanze des Tages erhebt, so, wünschte er, sollte sich sein Leben entfalten - ein alles beglückender Tag des Schönen, des Wahren.

"Heute vor siebzehn Jahren", schrieb er in seinem Abschiedsbriefe, "en= dete meine Mutter ihr Leben, weil seine Dornenkrine ihr Herz zu tief verwun=

det hatte".

Da verstand ich ihn.- Die letzte Kerze an meinem Weihnachtsbaume ver=

glühte. - Es wurde dunkel um mich. -

Andreas verletzte sich schwer. Noch eine kurze Nachricht erhielt ich von ihm. Sein Vorhaben sei leider misslungen. Er genese in einer Klinik zum

alten kargen Leben.

Ích hätte seinen Aufenthalt erforschen können. Ich tat es nicht. Mir schien, als durfe ich nicht in die Umfriedung seiner Welt eindringen. Er war immer ein Mensch gewesen, der alle Wesenheiten der Erde in reicherem Masse in sich barg als andre Menschen. Und ich war doch nur ein Sonnenstrahl, der ihm einmal geleuchtet hatte. Ich war eine Lebenswelle, die blitzend neben seinem Wege geplätschert. Ich war wie ein Aufrauschen der Waldkronen über seinem Lebenspfade - - verklungen im Schweigen der Zeit. Doch lebte die Erinnerung an die Tage mit ihm wie ein schönes Bild in meiner Seel, vom dunklen Samt wehmütigen Gedenkens umrahmt. - - -

Heute habe ich Andreas wiedergesehen. In einer illustrierten Monats= schrift fand ich sein Bild - und seinen vollen Namen. Nun kannte ich plötz= lich den Verfasser des wundervollen Buches "Dolores", dessen Lektüre mich vor kurzem so seltsam tief ergriffen hatte. Seine Worte hatte ich vernommen.

Längst ist das Papier seiner Briefe vergilbt. Die Tinte und das "A." seiner Unterschrift sind blass geworden. - - Doch können auch Seelen bleich und unansehnlich werden?

W. Leistikow.

"Wieso denn?"

"Ich hawe geinen Brief gegrichd.

"Da muss der wohl verloren gegangen sein".

SPD. <u>Fin unwillkommener Brief.</u> "Du häddesd mir doch wirglich malschreiben gönnen."

[&]quot;Na,ich hadde dir doch auch geschrieben. Du häddesd doch wirglich and= wordn gönnen."

[&]quot;Wahrscheinlich. Und ausserdem bassde mir der Inhald nich..."